

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Zensurbrecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 3. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Zensurbrecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Wiederhall der Ablehnungsnote.

Wilson's Aufgabe.

Dass der Krieg noch nicht zu Ende sein soll, ist durch den Willen unserer Gegner bestimmt. Inzwischen werden die Völker dem Nachgebot der feindlichen Regierungen folgend, fortfahren, miteinander zu kämpfen; sie werden aber unterdessen nicht aufhören, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie dennoch wieder Frieden werden kann.

Der Versuch, den Krieg dadurch zu beenden, daß der erfolgreich gebliebene Teil den andern zu einer Friedenskonferenz ladet, ist gescheitert. Es bleiben somit für die Zukunft nur noch zwei Möglichkeiten offen: Entweder muß der Geschlagene um Frieden bitten oder aber der Frieden muß durch eine neutrale Macht, oder durch mehrere gemeinsam, vermittelt werden.

Nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebots ist der Wunsch, die Gegner soweit zu bringen, daß sie um Frieden bitten müssen, begreiflich. In der Politik kommt es aber nicht auf das Wünschen an, sondern auf das Können. Von der Haltung, die die Gegner jetzt — trotz ihrer militärischen Mißerfolge — einnehmen, bis zur bittenden Gebärde des hoffnungslos Geschlagenen ist noch ein sehr weiter Weg. Gabe es ein Mittel, sie dahin zu treiben, so würde jedermann im Lager der Mittelmächte mit seiner Anwendung einverstanden sein. Es darf aber kein Gewehr sein, das nach hinten losgeht.

Läßt sich die Kriegsführung nicht zu einem Grade steigern, der in absehbarer Zeit zum moralischen Zusammenbruch der Gegner führen mag, so bleibt immer noch, so lange es auch möglich ist, ein Frieden der Verständigung der einzige Ausweg, und es wäre die Aufgabe der Neutralen, ihn im geeigneten Augenblick zu vermitteln.

Dieser Augenblick darf nun freilich nicht abgewartet, sondern er muß vorbereitet werden. Das Friedensangebot der Mittelmächte und die Friedensnoten der Neutralen haben bei den gegnerischen Völkern — man mag sagen, was man will — einen tiefen Eindruck gemacht. Nachdem die Entente das Friedensangebot als ein „Kriegsmanöver“ bezeichnet hat, darf man gespannt sein, was sie zu den Friedensnoten der Neutralen sagen wird. Daß sie auch hier einfach die chauvinistische Propaganda aufgreifen und von einer Disfaktion zugunsten Deutschlands sprechen wird, ist einigermaßen unwahrscheinlich.

Einen Fingerzeig, wie es gemacht werden dürfte, bietet vielleicht die spanische Note an Amerika, die wir weiter unten veröffentlichen. In ihr liest man mit dem größten Ersäunen, daß der Schritt der Vereinigten Staaten keinerlei Wirkung haben würde, „um so mehr, als die Mittelmächte den festen Willen kundgeben, daß die Friedensbedingungen unter den Kriegsführenden vereinbart werden sollen“.

Was hier ein ungewolltes Mißverständnis ist, wird von den Gegnern als ein gewolltes begierig aufgegriffen werden. Man wird zwischen dem deutschen Friedensangebot und der Friedensaktion der Neutralen einen Gegensatz zu konstruieren versuchen, auch die Dinge so darstellen, als ob die Mittelmächte einen ungangbaren Weg zum Frieden aufgesucht hätten, um den gangbaren nicht beschreiten zu müssen.

Diese diplomatische Gegenoffensive zu vereiteln, liegt durchaus im deutschen Interesse, und darum muß gesagt werden, daß zwischen der Friedensaktion der Neutralen und dem Angebot der Mittelmächte ein Gegensatz nicht besteht. Wilson wird als Friedensvermittler den Mittelmächten in dem Augenblick willkommen sein, in dem er auch den Gegnern genehm sein wird.

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten seine und seines Landes Autorität für die Anbahnung eines europäischen Friedens eingesetzt hat, kann er seinen Versuch nicht ohne weiteres als hoffnungslos aufgeben. Er muß ihn weiter fortsetzen, und er hat die beste Aussicht, in absehbarer Zeit mit ihm durchzudringen, wenn er die wachsende Friedensstimmung der europäischen Völker für ihn nutzbar zu machen versteht.

Die Aufgabe eines Vermittlers erfordert viel Takt, viel Geschicklichkeit und viel Geduld. Er darf sich nicht dadurch irremachen lassen, daß er von der Kriegspresse beider Teile als geheimer Helfer des andern Teils verächtelt wird, und er muß sich bemühen, auf beiden Seiten Vertrauen zu gewinnen. Daß Präsident Wilson in dieser Beziehung auf deutscher Seite noch manches zu tun hat, soll durchaus nicht verschwiegen werden.

Herr Wilson hat täglich Gelegenheit, in Washington die Vertreter der Mittelmächte wie der Entente zu sehen und zu sprechen. Als Vermittler wird er beide mit voller Unparteilichkeit behandeln, er wird — mag er auch dafür ausgebeugt werden — nie der heimliche Bundesgenosse einer der beiden Teile sein dürfen, er wird beide Teile auf die realpolitische

Begrenztheit ihrer möglichen Kriegsziele hinweisen, bis es ihnen gelingt, eine Annäherung der beiderseitigen Willensrichtungen herbeizuführen. Schließlich müssen ja doch, wie es das deutsche Friedensangebot gewollt hat, die Friedensbedingungen unter den kriegführenden Staaten selbst vereinbart werden. Die Bahn für diese Vereinbarungen freizumachen, den richtigen Schlüssel zum Konferenzzimmer zu finden, das ist für den Vermittler die große Aufgabe, und wenn sie gelingt, der ist weltgeschichtlichen Ruhmes sicher.

Nach englischen Blättern soll der deutsche Botschafter in Washington zu einem Auskroger der „Tribune“ über den Grad der deutschen Friedensbereitschaft Äußerungen getan haben, die auch den Friedensfreund überraschen. Undeutsche Blätter sind denn auch schon dabei, auf den Botschafter loszugehen, weil er den Bericht der „Tribune“ nicht dementiert und damit den Anschein erweckt habe, als ob Deutschland um jeden Preis Frieden haben wolle. Wieviel nun an dem Bericht der „Tribune“ richtig oder falsch sein mag, so läßt doch das, was über die Haltung des Grafen Bernstorff bekannt ist, keinesfalls darauf schließen, daß Deutschland eine Friedensvermittlung ablehnt.

Soweit ein Vermittler überhaupt einen Druck ausüben darf, wird sich dieser Druck somit nicht gegen die Mittelmächte sondern gegen die Entente richten müssen. Und da könnte sich Wilson ein großes Verdienst erwerben, wenn er der Entente klar macht, daß das deutsche Volk auch in seinen friedliebendsten Teilen, die Völker, mit denen es seit zweieinhalb Jahren Angela wechselfen, man nicht als Richter über sich erkennen kann.

Die Note der Entente spricht viel von Gerechtigkeit. Aber der erste Grundsatz jeder festen Rechtsordnung ist, daß niemand Richter in eigener Sache sein darf. Selbst der vertierste Raubmörder hat das Recht, seinen Richter wegen Befangenheit abzulehnen, und dem Ablehnungsantrag muß stattgegeben werden, wenn der Nachweis der Befangenheit gelingt. Ein Richterkollegium, das einen Angeklagten zum Tode verurteilt, um nachher sein Vermögen unter sich aufzuteilen, verdient selber gehängt zu werden. Daß, Raubmord und Vandalismus sind nicht berufen, eine neue internationale Rechtsordnung zu gründen, auf deren Boden der Tempel des Friedens unerschütterlich ruht. Und das ganze deutsche Volk lehnt es ab, sie in ihrem angemachten Richteramt anzuerkennen!

Die erste Voraussetzung für gedeihliche Friedensverhandlungen ist also, daß sich beide Parteien bereit zeigen, als Parteien miteinander zu verhandeln. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so wird die große Masse des deutschen Volkes mit jedem Entgegenkommen der Regierung einverstanden sein, das mit dem Dasein, der Ehre, der wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches vereinbar ist. Was bis dahin zu geschehen hat, ergibt sich von selbst: die Gegner haben es gewollt!

Während die Kanonen weiter sprechen, liegt es im Interesse des deutschen Volkes, volle Klarheit darüber zu schaffen, daß unparteiische Vermittlungsversuche stets auf die größte Sympathie von deutscher Seite zu rechnen haben. Darin sehen wir von allen Wegen, die zu einem guten Frieden führen, immer noch den kürzesten. Gibt es einen kürzeren, so mag man ihn beschreiten, aber die Wegweiser haben mit ihrem Kopf dafür, daß er auch der richtige ist!

Die Ententenote in Berlin überreicht.

Berlin, 2. Januar. (W. T. V.) Der Schweizerische Gesandte hat hier gestern Abend die Antwortnote der feindlichen Regierungen übergeben; der Text enthält telegraphische Bestimmungen, die der Richtigstellung bedürfen, bevor die Veröffentlichung der Note erfolgen kann. — Im wesentlichen stimmt der Text mit dem bereits von uns veröffentlichten Wortlaut der Agence überein.

Spanien an Amerika.

Madrid, 1. Januar. Die Agence Havas meldet: Die Regierung veröffentlicht folgende Antwortnote Spaniens auf die Note Wilsons:

„Die Regierung Seiner Majestät hat durch Vermittlung ihres Botschafters eine Abschrift der Note erhalten, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Kriegführenden gerichtet hat, und in der er dem Wünsche Ausdruck gibt, es möchte eine baldige Gelegenheit herbeigeführt werden, von allen zurzeit kriegführenden Nationen eine Erklärung zu erlangen über ihren Standpunkt hinsichtlich der Grundlagen, die zur Beendigung des Krieges führen könnten. Diese Abschrift ist begleitet von einer anderen Note Guaymas, datiert vom 22. Dezember, in der Sie gemäß erhaltenen Befehlen im Namen des Präsidenten erklären, der Augenblick scheint ihm geeignet für einen Schritt der Regierung Seiner Majestät, die, wenn sie es für tunlich erachte, die Haltung der Vereinigten Staaten unterstützen möge.“

Angesichts des begrifflichen Wunsches der genannten Regierung, in ihrem Vorschlag zugunsten des Friedens unterstützt zu werden, ist die Regierung Seiner Majestät der Ansicht, daß, da der Präsident der nordamerikanischen Republik die Initiative ergriffen hat und die verschiedenen Eindrücke, welche diese hervorgerufen hat, bereits bekannt sind, der Schritt, zu dem die Vereinigten Staaten einladen, keinerlei Wirkung haben würde, um so mehr, als die Mittelmächte den festen Willen kundgeben, daß die Friedensbedingungen unter den Kriegführenden vereinbart werden sollen. Die Regierung Seiner Majestät ist bei aller Achtung für die eifrigen Triebfedern des Vorgehens des Präsidenten Wilson, das immer die Anerkennung und Dankbarkeit aller Völker verdient, bereit, sich nicht jeder Verhandlung über ein Abkommen, das geeignet ist, das humanitäre Werk der Beendigung des Krieges zu fördern, zu entziehen, sie jedoch schwebend zu lassen und ihre Aktion auf den Augenblick aufzusparen, wo die Anstrengungen aller derjenigen, die den Frieden wünschen, mehr Nutzen und Wirksamkeit haben werden, als jetzt, und wo eine Intervention Aussicht auf gute Ergebnisse bieten kann.

In Erwartung dieses Augenblicks erachtet es die Regierung Seiner Majestät für opportun zu erklären, daß sie hinsichtlich einer Rechtsordnung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer materiellen durch den Krieg verletzten Interessen fest, wie zu Beginn des gegenwärtigen Krieges, bereit ist, in Unterhandlungen einzutreten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nicht kriegführenden Länder zu vereinigen, sofern sie sich bereit erklärt haben und es für notwendig halten, den erlittenen Schäden gutzumachen oder zu vermindern.

Die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften.

Zu Verhandlungen mit den deutschen Gewerkschaften bereit.

Die Frage des deutschen und amerikanischen Friedensangebots beschäftigte die zweite Sitzung der Konferenz.

Yousouf erklärte: „Der Vorschlag, der dahingehet, von den Kriegführenden zu verlangen, ihre Kriegsziele kundzugeben, muß von den Mächten in Erwägung gezogen werden, denn es ist möglich, daß man hierdurch zu Friedensverhandlungen gelangen wird. Die Regierung darf nicht der Presse folgen und das deutsche Angebot einfach für eine Schlinge erklären. Enthält es eine Schlinge, so soll man sie nachweisen und der Welt denutzigieren. Nur durch eine Veröffentlichung der Kriegsziele wird es gelingen, Klarheit über die Lage zu schaffen. — Was uns Gewerkschafter betrifft, so sind wir bereit, auf einem internationalen Friedenskongress zu erscheinen und wenn die Deutschen durch Vermittlung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongress einberufen wollen, so werden wir der Einladung folgen. Sowohl über diese Frage wie über die der Kriegsziele sollen wir uns heute klar aussprechen.“

Brouhaug (Paris-Paris) ist der Ansicht, daß Yousouf sich über die Kriegsziele nicht klar ausgesprochen habe. Unsere Soldaten dürfen nicht für eine Politik der Eroberungen geopfert werden.

Le Guay (Redakteur der „Bataille“) sagte: „Als ich von der Front zurückkam, dachte ich darüber nach, welcher Richtung ich mich anschließen sollte. Ich schloß mich nicht der Widerheit an, da ich zur Überzeugung gelangte, daß ihre Aktionen fruchtlos sein müßten. In diesem Bestreben müßte man vor allem darauf sehen, so viel wie möglich für die Arbeiter zu tun; und dies konnte nur erreicht werden, wenn wir uns an den verschiedenen Kommissionen beteiligten. Wir haben bis jetzt für die Friedensagitation nichts getan, weil wir sie für aussichtslos gehalten haben. Nun aber, da der Friedensgedanke sich bemerkbar macht, müssen auch die Anhänger der Weisheit von der Regierung verlangen, die Kriegsziele kundzugeben. Wir sollen von der Regierung verlangen, daß sie durch die Arbeiterklasse, die so viele Opfer gebracht hat, handeln soll. Das ist unser „Jusqu'au bout!“ (Bis zum Ende.) Dies viel zitierte Wort ist übrigens nie von uns gebraucht worden. Wir waren gestern gegen den Krieg und sind es heute. Wir wollen keine Annexionen. Das Ziel der Arbeiterklasse ist: ein Frieden ohne Annexionen.“

Die Konferenz nahm sodann einstimmig die folgende Entschließung an:

„Wir nehmen Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegführenden Nationen einladet, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigen Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bestimmung-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bg. (gültig 2 festgedruckte Wörter), jedes weitere Wort 10 Bg. Zielangelegenheiten und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Bg. jedes weitere Wort 5 Bg. (Hinter 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Primäre für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

in, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gewissensfreiheit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitermassen zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur der geheimen Diplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse richtet, ein Ende zu machen.

Wir begrüßen diesen Beschluß der französischen Gewerkschaftsangehörigen mit hoher Freude. Die Arbeiter können Europa den Frieden wiedergeben, wenn sie einig sind. Aus den Verhandlungen der Franzosen erhebt sich mit lockender Größe der Gedanke, den europäischen Krieg durch einen gemeinsamen Sieg der Arbeiterklasse zu beenden. Alle Kräfte des Sozialismus sollten sich vereinen, um diesen Gedanken in die Tat umzusetzen!

Der andere Weg.

Die meisten Stimmen der Ententepresse über die Ablehnung des Friedensangebots lohnen nicht die Wiedergabe. Unentwegt Offiziöse und Narren auf eigene Hand gibt es überall. Wenn die „Financial Review“ alle deutschen Kolonien, Ostafrika, Konstantinopel und 200 Milliarden verlangt, so sollen sie sich mit Herrn Emil Zimmermann auseinandersetzen, der in der „Rossischen Zeitung“ Britisch-Afrika in die Posttasche steckt.

Interessanter ist die Stimme der „Westminster Gazette“, die zu Asquiths Zeiten Regierungsorgan war. Sie billigt zwar die Weigerung der Alliierten, mit den Mittelmächten zu verhandeln, glaubt aber, daß noch ein anderer Ausweg offenstehe, nämlich der über Amerika und die Neutralen. Die Weigerung der Alliierten bedeuere, daß sie gewisse Mindestkriegsziele haben, über die nicht gesprochen zu werden brauche, ehe diese Ziele mit den Waffen erreicht oder vom Feinde zugestanden worden seien. Dieses gelte von allen territorialen Fragen und allen Ansprüchen, die auf Grund der „Kriegskarte“ erhoben würden. Sie würden, solange der Krieg dauere, von der militärischen Kraft beherrscht, und solange die Alliierten die für den Feind vorübergehend vorteilhafte Lage nicht zu ihren Gunsten geändert hätten, müsse man handeln und nicht reden. Dieses gelte aber nicht für die allgemeinen Grundsätze, auf die die Alliierten ausgehen, für den Wiederaufbau Europas nach dem Kriege, und es bestehe nicht die geringste Ursache, warum die Alliierten ihre Ideen darüber nicht entwickeln und mit befreundeten Neutralen darüber unterhandeln sollten.

Das Blatt führt weiter aus:

Sagen wir doch dem Präsidenten Wilson, daß die territorialen Fragen, die die Mittelmächte und uns selbst betreffen, zwar noch von der Entscheidung des Krieges abhängen und davon abhängen müssen, weil der Feind behauptet, er habe gesiegt, daß wir aber sehr viel Interesse daran haben würden, mit ihm (Präsidenten Wilson) über seine Pläne der Erhaltung des zukünftigen Friedens durch einen Völkervertrag zu unterhandeln. Es besteht kein Hindernis, warum die Debatte nicht auf diesem Boden fortgesetzt werden sollte, solange der Krieg dauert; es würde dadurch im Gegenteil unser Kriegsziel, die Sicherung des späteren Friedens, deutlich betont und ihm Nachdruck gegeben werden. Wenn unsere Rote an die Mittelmächte negativ ist, so kann doch unsere Rote an die Vereinigten Staaten in diesem Sinne positiv sein.

Damit liefert die „Westminster Gazette“ eine wenn auch stark kausulierte Ergänzung zu unserem Artikel: „Wilson's Aufgabe.“

Wiener Stimmen.

Wien, 1. Januar. (B. L. B.) In Besprechung der Antwortnote der Entente betonen die Montagblätter übereinstimmend, daß die Note eigentlich den Eindruck einer Polemik mache, aber kein starres Nein bedeute und gegenüber den Erklärungen der Staatsmänner in Petersburg, London und Paris sehr zahm sei.

Eine Rede Tiszas.

In seiner Neujahrsrede kam der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza auch auf die Antwort der Entente zu sprechen und sagte: „Wenn unsere Gegner die vollkommenen zwecklose und unbegründete Menschenjochlächerei fortführen wollen, so trifft uns dies weder unvorbereitet noch unerwartet. Wir werden den Kampf fortsetzen, bis es gelingen wird, entweder durch unsere weiteren Erfolge die Ueberzeugung von der vollkommenen Zwecklosigkeit und Ausichtslosigkeit des Krieges bei unseren Gegnern zu erwecken oder bis der Selbsthaltungstrieb der zur Schlachtbank geschickten Nationen sich gegen ihre Regierungen wendet und der vollkommenen zweck- und ausichtslosen Fortsetzung des Krieges Einhalt gebietet.“

Die Zehnverbandsnote in der deutschen Presse.

Ganz abweichend von der Wiener Presse, die die Antwort des Zehnverbandes verlegen und zaghaft findet, glauben die Berliner Zeitungen in ihr eine vollkommenere Ablehnung des deutschen Friedensangebotes zu erblicken, aus der die Notwendigkeit eines harten Kampfes bis zum bitteren Ende folge. Die „Tägliche Rundschau“ ist über die „maßlose Frechheit und Unflugheit“ des Ausdrucks der Zehnverbandsnote empört; die „Deutsche Tageszeitung“ teilt diese Gefühle und will die deutsche Regierung im Namen des Selbstgefühles und der Ehre des deutschen Volkes verpflichtet, jeden weiteren, auch indirekten Verkehr mit den feindlichen Regierungen abzubrechen. Das radikal-demokratische Blatt faßt sein Urteil in folgender Deutung der Entente-Rote zusammen:

„Nicht man den Sinn und die Absicht der Note ganz kurz zusammen, so bedeutet er, daß man Deutschland — möglichst auch durch Druck von Seiten seiner Verbündeten — dazu bringen möchte, vor allem in der belgischen Frage nachzugeben, und zwar aus Sehnsucht, zu einem Frieden, wie er auch sein möge, zu gelangen. Man kalkuliert ferner, daß, wenn die Dinge einmal so weit gediehen wären, man Deutschland und seine Verbündeten zu allen anderen Notwendigen schon besiegen werde und daß allein durch Verhandlungen und deren Begleitererscheinungen die Bevölkerungen des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten zum Weiterkämpfen unläufig und damit untauglich werden würden, so daß deshalb die Regierung zu progreßiver Nachgiebigkeit sich veranlaßt finden würde.“

Ganz anders urteilt das „Berliner Tageblatt“. Es betrachtet zwar das neue Dokument als eine unabweisliche

Abgabe, warnt aber eindringlich davor, in den Fehler des Beleidigten zu verfallen und gegen den Beleidiger Mittel anzuwenden, die von Goh und Roche, nicht von Klugheit diktiert sind.

„Die Antwortnote prophezeit „neue Verbrechen des Unterjochvolkes“ und stellt das deutsche Friedensangebot als einen Versuch, solche Kriegführung „im voraus zu rechtfertigen“, hin. Aus diesem Satze lugt deutlich die Hoffnung hervor, daß es bei einer solchen Entwicklung der Dinge, schließlich doch gelingen werde, Amerika oder auch andere Neutrale in den Krieg hineinzuziehen. Wird von neuen, noch gewaltigeren Ruinensbergen — die sich ähnlich auch bei uns türmen — von einem schmachvoll verstärkten Trommelfeuer der entscheidende Durchstoß erhofft?“

Die „Rossische Zeitung“ benützt die Berufung der Zehnverbandsnote auf die Erklärungen der deutschen Regierung über Belgien am 4. August, um eine scharfe Attacke gegen den Reichskanzler zu reiten:

Zweimal wird in der Note die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 4. August erwähnt, in der er die Worte vom „Fehlenspapier“ und „Recht kein Gebot“ gesprochen und das Versprechen abgegeben hat, Deutschland werde sein Unrecht gegenüber Belgien wieder gut machen. Diese Worte haben sich hinterher so verhängnisvoll gezeigt, wie es zehn schwere Niederlagen nicht hätten sein können. Kaum irgendeine Zeitungslüge der Entente hat uns in den ganzen Jahren des Krieges auch nur annähernd so geschadet wie die Rede unseres eigenen Kanzlers. Wir bedauern das doppelt, weil wir wissen, daß gerade diese Stellen seiner Rede einer menschlich sehr hoch zu achtenden Gesinnung des Herrn Bethmann Hollweg entsprangen.“

Von der großen deutschen Provinzpresse erklärt die „Rössische Zeitung“, daß vom Frieden erst wieder die Rede sein dürfe, wenn den Feinden keine Wahl mehr bleibt, ob sie ihn annehmen wollen oder nicht. Sie läßt es dahingestellt sein, ob sich Deutschland noch einmal mit einer Darlegung der Kriegsbursachen an die Neutrale wenden werde.

Englischer Bewaffnungszwang für die Handelsschiffe der Neutralen.

Erst haben die Neutralen sich — mit einziger Ausnahme Hollands — bereit erklärt, englischen Handelsschiffen ihre Häfen offen zu halten, auch wenn sie bewaffnet sind. Wer A gesagt hat, muß darauf gefaßt sein, daß ihm das B abverlangt wird, und jetzt folgt dieses Zweite dem Ersten prompt auf dem Fuße. Die Prochironnot Englands zwingt zur Eile. Die deutschen U-Boote sollen sich mit einem Schloß Tausenden und Abertausenden von bewaffneten Seefahrzeugen gegenübersehen.

Aus Amsterdam erhält die „Post. Ztg.“ die aus London stammende Nachricht, die englische Regierung habe in den letzten Tagen den neutralen Schiffsverkehrsgeellschaften mitteilen lassen, daß alle neutralen Dampfer, welche Transporte für die englische Regierung direkt oder indirekt ausführen, auch bewaffnet sein müssen, sonst würden die englischen Häfen für sie geschlossen sein. Landts schießt für Regierungstransporte ohne Bewaffnung keine Versicherungen mehr ab.

Das Schwert, das die englische Regierung hier gegen den Feind schärfen will, dürfte sich als sehr zweischneidig erweisen. Den Neutralen wird zugewinkt, geduldig zuzulassen, daß ihre Handelsflotte Maßnahmen ergreift, die nichts anderes als Revolutionen sind und zur Selbstzerstörung führen müssen.

Amerikaner, die nicht als Amerikaner zu betrachten sind.

Nach der römischen „Tribuna“ bringt die „B. S. am Mittag“ aus Lugano folgende Meldung von „New York Herald“:

„Staatssekretär Lansing hat beschlossen, daß diejenigen amerikanischen Matrosen, die bei der Torpedierung der „Russia“ ums Leben gekommen sind, nicht als Amerikaner zu betrachten sind. Denn sie sind, da sie sich für einen Transport einer kriegsführenden Macht verpflichteten, denjenigen amerikanischen Bürgern gleich zu achten, die in den Dienst eines fremden Heeres eingetreten sind und dadurch freiwillig auf den Schutz ihrer Regierung verzichtet haben.“

Die Forderung der Selbsterdrosselung Griechenlands.

Der Note der Entente, die die militärische Macht Griechenlands nicht nur kassieren, sondern geradezu zerbrechen will, geht eine andere Handlung parallel, die wie ein Kommentar zu jener wirkt. Jede Schwächung der griechischen Regierung muß die aufstrebende Sonderregierung Venizelos' erkräftigen, und nun werden die griechischen Zustände so gehoben, daß Venizelos immer mehr der Faktor wird, mit dem als der bestimmenden Gewalt in Griechenland von Regierung zu Regierung zu verhandeln und zu beschließen ist. England tut in dieser Beziehung jetzt einen Schritt, der das weitere Ziel, das gesucht wird, offen genug sichtbar macht. Reuters meldet:

Das Auslandliche Amt gibt bekannt, daß Carl Granville, Legationsrat bei der Botschaft in Paris, zum Vertreter der englischen Regierung bei der Provinzialregierung Venizelos' in Saloniki mit dem Titel eines diplomatischen Agenten ernannt worden ist.

Wir teilten die Note der Entente gestern bis zum vierten Punkte mit. Jetzt ist auch der Rest der Note bekannt. In der Rubrik der Genugtuungen wird weiter gefordert:

5. Der kommandierende General des 1. Armeekorps soll abgesetzt werden, sofern nicht die königliche Regierung zur Genugtuung der alliierten Regierungen festsetzt, daß diese Maßregel auf einen anderen General angewandt werden soll, auf den die Verantwortung für die am 1. Dezember gegebenen Befehle liegt.

6. Die griechische Regierung soll den Gesandten der Alliierten förmliche Entschuldigungen überreichen. Die englische, die französische, die italienische und die russische Flaggel sollen auf einem öffentlichen Platz in Athen in Gegenwart des Kriegsministers und der versammelten Garnison feierlich salutiert werden.

Gleichzeitig sind die unterzeichneten Gesandten von ihren Regierungen beauftragt, die griechische Regierung daran zu erinnern, daß militärische Notwendigkeiten sie nächstens dazu werden zwingen können, Truppen in Jtea zu landen und sie mit der Sarissa-Eisenbahn nach Saloniki zu bringen.

Die Schynmache sehen die griechische Regierung davon in Reminis, daß sie sich volle Handlungsfreiheit vorbehalten, falls die Haltung der Regierung Seiner Majestät des Königs neuen Anlaß zur Klage geben sollte. Ihrerseits übernehmen sie gegen die griechische Regierung die förmliche Ver-

pflichtung, den bewaffneten Streitkräften der Regierung der nationalen Verteidigung nicht zu gestatten, die Jurisdiktion der königlichen Truppen aus Thessalien und Epirus dazu zu benutzen, das im Einvernehmen mit der königlichen Regierung festgesetzte neutrale Gebiet zu überschreiten.

Die Unterzeichneten haben die Ehre, den Befehl ihrer Regierungen mitzuteilen, daß die Blokade der griechischen Küsten aufrechterhalten werden wird, bis in allen oben erwähnten Punkten Genugtuung geleistet ist.“

Nach einer Äußerung Meldung, die dem „B. L.“ aus Lugano zugeht, soll an der schließlichen Annahme der Entente-Rote bei dem allgemeinen Wunsch nach Aufhebung der Blockade nicht zu zweifeln sein. Wer sich aber an den Verlauf hält, den die diplomatischen Aktionen der Entente bisher hatten, wird solchen Zweifel zunächst democh für angebracht halten. Denn hier handelt sich's um nichts Geringeres als um die Forderung, daß Griechenland sich der Entente zuliebe selbst erdroffeln soll.

Italien hat in einer der griechischen Regierung überreichten Note seine Solidarität mit den Forderungen der drei Mächte England, Frankreich und Rußland ausgesprochen. Aber in bezug auf die Genugtuung, die den Benizelisten zugesagt werden soll, verhält sich Italien, was bemerkt zu werden verdient, zurückhaltend. Woraus etwa der Schluß zu ziehen wäre, daß Italien nicht unbedingt überzeugt ist, daß der neueste Gewaltstreich gegen die griechische Regierung mit absoluter Sicherheit gelingen werde. Im festländischen Griechenland werden einflussreiche, wie aus der „Times“ hervorgeht, immer noch Verhaftungen von Benizelisten vorgenommen. Die italienische Jurisdiktion hängt mit der Salonopolitik Italiens zusammen, in der man sich mit der griechischen Regierung gut stellen muß.

Die Auflehnung des Semstwo-Städteverbandes.

Der Moskauer Semstwo-Städteverband hat sich dem vom Militärkommandanten im Regierungsauftrag erlassenen Versammlungsverbot widersetzt. Das hat, wie der „Rjessch“ mitteilt, zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei geführt. Nach einem Kopenhagener Bericht des „Lokalangeigers“ spielten sich die Vorgänge folgendermaßen ab:

Nach einem heimlichen Beschluß wollten sich die Mitglieder im Gebäude der Stadiduma versammeln, als sie bereits die Polizei vorkam. Die unter den Mitgliedern entzündete ungeheure Aufregung, so schickte die Petersburger Bersezeitung weiter, war allgemein. Es wurde die Entfernung, falls notwendig, die gewaltsame Entfernung der Polizisten gefordert. Milder Ruhe blieb die Polizei zurück. Unter tosendem Lärm erklärte darauf der Vorsitzende, das Moskauer Stadthaupt Tschelnakow, in Gegenwart der Polizei: Ich erkläre die Tagung für eröffnet.“ Darauf wurde Tschelnakow gewaltsam von zwei Schülern bei den Schultern gepackt und, als er sich sträubte, von der Tribüne heruntergerissen. Ueber das Verhalten Tschelnakows wurde darauf zwecks eventueller weiterer Verfolgung ein Polizeirapport aufgestellt.

Die Mitglieder hatten derweil allmählich den Saal verlassen. Sie versammelten sich in aller Heimlichkeit aufs neue in einer Privatwohnung am Wladimirskischen Kai. Die Versammlung war ein wirres Stimmenmeer. Einstimmig gefordert wurde, außer den laufenden Geschäften eine Erörterung der unerträglich politischen Lage in das Tagungsprogramm einzubringen. Sofort wurde ein Protest gegen die neue Regierung Trepow formuliert. Im gleichen Augenblick erließen die Polizei und jagte bewaffnet die Teilnehmer auseinander. Ueber 30 wurden verhaftet, darunter Baron Keller-Salomelst. Nach dem „Utro Rossk“ beruhten diese Ereignisse in Moskau eine solche Erregung, daß die Polizei noch bis in die späte Nacht hinein große Mühe hatte, die Menschenmassen auseinanderzutreiben. Die Gefahr der Explosion, sagt die „Moskauer Zeitung“, rückt täglich näher.

Mazedonien — Walachei — Dobrudscha.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 30. Dezember. Amtlicher Bericht. Mazedonische Front. Schwaches Artilleriefeuer auf gewissen Abschnitten der Front. In der Gegend von Monastir (Bitolia) lebhafteste Tätigkeit in der Luft. Ein feindliches Flugzeug wurde östlich von Monastir (Bitolia) abgeschossen. In der Ebene von Serres kleine Patrouillengefechte. Ueber Drama unwirksame Tätigkeit feindlicher Flugzeuge.

Rumänische Front. In dem nordwestlichen Teile der Dobrudscha gehen die Operationen weiter. In der östlichen Walachei rücken unsere Divisionen nördlich des Ralwatuflusses vor.

Sofia, 31. Dezember. Amtlicher Bericht. Mazedonische Front. In gewissen Abschnitten der Front geringes Artilleriefeuer. An der Struma unwirksame Tätigkeit der feindlichen Nachhut.

Rumänische Front. In der Dobrudscha verließen wir durch unser Artilleriefeuer einen feindlichen Schlepper bei Tulcea. Auf den Hafens und Schiffe bei Sulina wurden Bomben abgeworfen. Wir beobachteten einen guten Kreuzer auf ein feindliches Transportschiff. Die Offensive gegen den Brückenkopf von Macin geht weiter. Nach einem hartnäckigen Kampf eroberten wir die Höhe 169 östlich von Macin. Wir brachten zweihundert Gefangene, vier Berggeschütze und fünf Maschinengewehre ein. In der östlichen Walachei überschritten unsere Divisionen die Bahnstrecke Buzau-Draila. Sie stehen achtzehn Kilometer von dieser Stadt entfernt.

Sofia, 1. Januar. Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front: Fast auf der ganzen Front nur vereinzelt Artilleriefeuer. Längs der Struma Patrouillenunternehmungen. Unsere Flugzeuge warfen mit Erfolg Bomben auf feindliche Truppen nordöstlich von Florina.

Rumänische Front: In der Dobrudscha dauert die Offensive gegen den Brückenkopf von Macin an. Unsere Leute erhöhte sich auf 1150 Soldaten und 6 Offiziere als Gefangene, vier Geschütze und 14 Maschinengewehre. In der östlichen Walachei dauert die Offensive an.

El Arisch und Magdabah.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 1. Januar. Amtlicher Heeresbericht vom 1. Januar.

Kaukasusfront. Schornügel zu unseren Gunsten. Die Engländer verbreiten Nachrichten von großen Siegen bei El Arisch und Magdabah, indem sie die Zahl der Ge-

Im Kampf um Focsani und Braila.

Kleinere Gefechte im Westen und Osten — Mt. Faltucanu südlich des Trotzoul-Tales, Höhenstellungen am Ditoz-Tal, Soveja im Sufita-Tal genommen — Vorbringen zur Sereth-Linie — Erfolg bei Maciu.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 2. Januar 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
Am Sperr-Bogen lebhafter Artilleriekampf. Englische Handgranatengriffe wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne, im Argonner-Wald und auf dem Schaner der Maas drangen deutsche Stoßtruppen und Patrouillen in französische Gräben und schritten mit Gefangenen und Beutefrüchten befehlsgemäß zurück.

Ein englisches Großflugzeug fiel in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Unternehmungen russischer Jagdkommandos südlich von Kigo, im Südwesten von Dünaburg und westlich von Stanislaw blieben ohne Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.
Südlich des Trotzoul-Tales gelangte der vielmuskulente Höhenrücken des Mt. Faltucanu durch frischen Ansturm in deutschen Besitz.

Längs der aus dem Beretzler Gebirge zum Sereth führenden Täler warfen Angriffe den Feind weiter zurück; unsere Truppen erlitten beiderseits des Ditoz-Tales mehrere Höhenstellungen. Soveja im Sufita-Tal ist genommen. Russisch-rumänische Vorstöße wurden zurückgeschlagen, 300 Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die 9. Armee zwang den Russen, in scharfem Nachdrängen seine Nachhut zu werfen, zu weiterem Rückzug. Vom Westen

und Süden nähern sich deutsche und österreichisch-ungarische Truppen den Brückenstellungen bei Focsani und Fandeni. Ueber 1300 Gefangene und viel Kriegsmaterial blieben in der Hand des unermüdbaren Besatzers.

Zwischen Duzant und Danau hält der Gegner seinen Brückenkopf.

Westlich von Braila, in der Dobrudscha, nahmen deutsche und bulgarische Truppen zeh Verteidigte Stellungen des Russen und warfen ihn auf Maciu zurück. In den Kämpfen zeichnete sich das Pommerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 9 aus.

Mazedonische Front.

Seine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 2. Januar. Amlich.

In Westen und Osten nichts Besonderes.

Der österreichische Bericht.

Wien, 2. Januar 1917. (W. T. S.) Amlich wird verkauft:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Dobrudscha wurde der Feind auf Maciu zurückgeworfen. In der Moldau stehen die verbündeten Streitkräfte vor den Verteidigungslinien von Braila und Focsani. Der Südflügel der Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph machte gestern, namentlich im Raum von Paniesci und Soveja Fortschritte; unsere Truppen erlitten hier und südlich von Harza mehrere feindliche Stellungen. Bei Stanislaw wurden russische Streifabteilungen zurückgewiesen.

Italienischer und südlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

jüngeren und die Beute überreichen. Wir haben El Arich freiwillig und ohne Kampf geräumt. Es ist wahr, daß bei Magdabah ein Kampf stattfand, in dessen Verlauf unsere Vorhut Verluste erlitt. Die Bedeutung der englischen Erfolge läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß die Engländer Magdabah bereits wieder geräumt und sich auf El Arich zurückgezogen haben.

An den übrigen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Deutsche Offensive überall in Rumänien.

Russische Berichte.

Der russische Heeresbericht vom 20. Dezember meldet von der rumänischen Front: Der Feind griff die Rumänen auf der Front nördlich und südlich des Rasin-Flusses nahe der rumänischen Grenze sowie westlich von Soveja an und drängte sie eine Weile ostwärts zurück. In der Gegend von Sioveni und Kosiomira, 20 km. 15 Werst nördlich von Rimnicul Sarat werden die Kämpfe fortgesetzt. Alle Angriffe wurden durch die Rumänen abgelehnt. Rumänische Abteilungen und die unsrigen, die eine Stellung auf dem linken Ufer des Rimnicul Sarat besetzten, schlugen alle Angriffe des Feindes tapfer im Gegenangriff zurück. Ebenso wurden alle Angriffe im Abschnitt von der Eisenbahn bei Rimnicul Sarat bis Soldu südlich von Rimnicul Sarat abgelehnt, wo der Feind durch unseren energischen Gegenangriff zurückgedrängt wurde. Im Laufe des Tages machte der Feind in Stärke von etwa 2 Divisionen einen Angriff in der Richtung auf das Dorf Amara 10 Werst südlich von Soldu, aber gegen Ende des Tages stante der Kampf ab. Bei dem Dorfe Filipesti schlugen wir einen feindlichen Angriff ab. In den übrigen Abschnitten Artilleriefeuer. In der Dobrudscha machte der Feind auf der ganzen Front Angriffe auf unsere Posten.

Der russische Bericht vom 30. Dezember teilt von der rumänischen Front mit: Der Feind machte erbitterte Angriffe am Oberlauf des Rasio an der Grenze der Moldau und östlich von Soveja an den Quellen der Sufita und längs der Putina westlich vom Dorfe Goza. Bedeutende feindliche Streitkräfte, unterstützt von schwerer und leichter Artillerie setzten ihre erbitterten Angriffe auf der Front nördlich von Rimnicul Sarat fort und unternahmen einen Hauptvorstoß längs der Eisenbahn. Hier gelang es dem Feind, sich des Dorfes Bordschi am Rimna-Fluß zu bemächtigen.

Von der Grenze der Moldau wird gesagt: An der Grenze der Moldau in der Gegend nördlich und südlich vom Ditoz-Tal machte der Feind hartnäckige Angriffe gegen unsere Stellungen. Durch wiederholte Vorstöße gelang es dem Gegner, einige Höhen zu nehmen und unsere Truppen ein wenig ostwärts zurückzudrängen. Unsere Truppen verhielten sich in neuen Stellungen nördlich vom Dorfe Harza sowie östlich und südlich vom Dorfe Sesmeja.

Der russische Bericht vom 31. Dezember sagt: An der Grenze der Moldau machte der Feind noch Artillerievorbereitung herkömmliche Angriffe im Tale der Sufita und südlich davon. Alle Angriffe wurden durch unsere Feuer und unsere Gegenangriffe abgewiesen. In der Gegend nördlich vom Dostan-Fluß und südlich des Ditoz-Tales gehen die erbitterten Kämpfe weiter. Hier gelang es dem Gegner, da er Verstärkungen erhalten hatte, sich durch wiederholte Angriffe einiger Höhen an unserer Front südlich von Ditoz zu bemächtigen, was uns zum Rückzug und zur Einnahme einer neuen Stellung zwang. Am 27. Dezember fand in dieser Gegend ein Luftkampf statt. Der russische Flieger Petrowitsch griff mit Fliegerkornist auf Beobachter auf einem Weizen-Flugzeug zwei feindliche Flugzeuge an und schoß eines ab, das in das Tal des Sioniflusses niederfiel. Die Flieger wurden gefangen genommen.

Rumänische Front: Der Gegner macht weitere erbitterte Angriffe am Oberlauf des Rasioflusses an der Grenze der Moldau. Die Rumänen schlugen diese Angriffe mit Erfolg ab und griffen in der Gegend nordwestlich Soveja am Oberlauf der Sufita an. Wir warfen den Gegner über den Haufen. Die Rumänen brachen hier zahlreiche Gefangene und eine Maschinengewehr-Kompanie ein. Seit dem Morgen ergriff der Feind an der rumänischen Front die Offensive bei dem Dorfe Rosa am Oberlauf des Putina. Die Höhen wechselten mehrfach den Besitzer und verblieben endlich dem Gegner. Die Angriffe des Gegners bei dem Weiler Bordschi, zwanzig Werst südlich von Focsani, und in nördlicher Richtung gehen weiter. Russische und rumänische Abteilungen warfen den Gegner durch einen Angriff aus dem am Tage vorher von ihm besetzten Bordschi. Diesem gelang es durch

wiederholte Angriffe, die Rumänen in der Gegend nordwestlich der Bahnstrecke Duzant-Focsani zurückzudrängen. Im Abschnitt südlich der gleichen Bahn wurden alle feindlichen Angriffe von unseren Abteilungen zurückgewiesen. Bei Slobodzoi gelang es dem Feinde nach wiederholten Angriffen zuerst, Abteilungen eines unierer Regimentes zurückzudrängen, aber im Laufe eines glänzenden Gegenangriffs nahmen wir unsere Gräben wieder. Feindliche Angriffe in der Gegend der Bahn Duzant-Braila und bei dem Weiler Bordschal-Verde, südlich vom Bahnhof von Janki an dieser Bahnlinie, wurden von unseren Abteilungen abgewiesen. Der Feind erlitt hier ungeheure Verluste. Der Führer einer Einheit eines unserer Infanterieregimenter machte bei Borschi, südwestlich von Janki, einen glänzenden Angriff, tötete 30 Mann nieder und machte 35 Oesterreicher zu Gefangenen.

In der Dobrudscha griff der Gegner mit beträchtlichen, von schwerer und leichter Artillerie unterstützten Streitkräften unsere Front in dem Abschnitt vier Werst nordöstlich des Weilers Gresi bis zwanzig Werst südlich von Braila dreimal an. Die ersten Angriffe wurden unter großen Verlusten für ihn zurückgewiesen. Im Laufe des dritten Angriffs gelang es dem Feinde, sich nach hartnäckigem Widerstand einer Höhe im Zentrum unserer Stellungen zu bemächtigen.

Der Seekrieg.

Zur Versenkung des „Gaulois“.

Bern, 2. Januar. „Gaulois“ wurde, dem „Temp“ zufolge, während der Ueberfahrt von Korfu nach Saloniki versenkt. (Zeff. Stg.)

Versenkt. Die Klods melden, sind der griechische Dampfer „Demetrios Angelis“ und die nordmexicanische Dampfer „Flora“ und „Ena“ versenkt worden. Wie man glaubt, ist der russische Segler „Serdonis“ versenkt worden. Dasselbe Los widerfuhr dem englischen Dampfer „Maple Hall“. Reuter meldet aus El Ferrol: Das dänische Schiff „Danmark“ wurde nachmittags auf der Höhe von Sivere versenkt. Die Besatzung ist gerettet. Klods meldet, daß der britische Dampfer „Sappho“ versenkt worden ist.

Holländisches Torpedoboot gestrandet.

Wissingen, 31. Dezember. Heute früh ist das holländische Torpedoboot „G. 1“ während eines Sturmes bei Wissingen auf Strand gesetzt worden; man hofft, es am Nachmittag bei Flut wieder abzubringen.

Deutsche Verwaltung und polnische Bevölkerung.

Eine irrige Ansicht in Polen.

Der Generalgouverneur von Warschau veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die durch die Proklamation vom 3. November geschaffene politische Lage in Polen hat in weiten Kreisen des Volkes, besonders bei der Landbevölkerung, die Ansicht erweckt, als habe die deutsche Verwaltung nun nichts mehr zu bedeuten, als sei Polen nun ein völlig unabhängiges Land, das gänzlich von den Lasten des Krieges, die heute jedes Volk Europas schwer trägt, befreit sein müsse. Die Ansicht ist irrig. Da die polnischen Behörden erst im Entstehen begriffen sind, so besteht überhaupt noch keine polnische Verwaltung. Aber auch sie würden Requisitionen und alle anderen Lasten des Krieges in gleicher Weise auferlegen müssen wie die vorläufig an ihrer Stelle stehenden deutschen Behörden.

Polen werden keine schwereren Lasten auferlegt als Deutschland, das alles willig trägt. Wir kämpfen so gut für eure Heimat wie für Deutschland, und was ihr zu leisten habt, kommt eurer Heimat ebenso zugute wie die Anstrengungen Deutschlands. Eure Mitwirkung ist nötig für die glückliche Beendigung des Krieges, der eure Heimat befreit hat. Je mehr ein jeder hilft, desto schneller wird der Krieg beendet sein und euer Königreich sich unter den Segnungen des Friedens innerlich festigen und zu Macht und Ansehen erblühen.

Darum sagt euch willig den Anordnungen der deutschen Behörden, die nur die augenblicklichen Platzhalter

der polnischen Behörden sind. Seid eingedenk, daß ihr die Opfer in erster Linie für euer geliebtes Vaterland, das Königreich Polen, bringt und daß ihr gegen euer vaterländisches Interesse handelt und euch selbst schwer schädigt, wenn ihr euch den Anordnungen widersetzt.

Ich appelliere an die Vaterlandsliebe jedes einzelnen und warne die Säumigen und Widerwilligen vor hartem Strafen, die jeden Widerstand gegen die bestehende Obrigkeit nach den Kriegsgeetzen unweigerlich treffen werden.

Warschau, den 30. Dezember 1916.

Der Generalgouverneur v. Beseler,
General der Infanterie.

Der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn.

Wien, 2. Januar. Den Blättern zufolge verlautet in politischen Kreisen, daß der Ausgleich zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung bereits vereinbart worden ist.

Gegen diese Nachricht wendet sich das Wiener A. N. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau. Es meldet: Die Nachricht, daß der Abschluß der Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung bereits erfolgt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es bestehen vielmehr noch gewisse Meinungsverschiedenheiten. Man hofft jedoch, daß sie beseitigt werden können.

Amnestie-Erlasse in Oesterreich und Ungarn

Wien, 2. Januar. Streifsteuers Militärblatt veröffentlicht einen Amnestie-Erlass für Militärpersonen, die vor dem 1. Januar 1917 von Gerichten der gemeinsamen Wehrmacht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind und deren Strafe gegenwärtig unterbrochen oder aufgeschoben ist. Der Vollzug der Freiheitsstrafe oder des noch nicht vollstreckten Teiles wird ihnen nachgesehen, wenn sie sich nach der Beurteilung vor dem Feinde tapfer verhalten und auch sonst gut geführt haben. Der Erlass erstreckt sich ferner unter gewissen Bedingungen auch auf andere Personen, so auf Jugendliche, die die strafbare Handlung vor dem vollendeten 16. Lebensjahr begangen haben und deren Tat nicht auf verderbte Gefinnung, sondern auf ungenügende Aufsicht und Erziehung zurückzuführen ist, dann auf Frauen und Witwen von Kriegsteilnehmern, die die Tat während der Teilnahme des Gatten am Kriege begangen haben. Der Erlass erstreckt sich nicht auf Strafen, die wegen Verstreichen oder wegen Wucher verhängt worden sind. Er enthält außerdem Ausnahmen von den angegebenen Fällen.

Budapest, 1. Januar. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Amnestie aus Anlaß der Ardnung: Kleine Strafen werden erlassen, wegen größerer Strafen soll der Justizminister Vorschläge machen.

Rasputin ermordet!

Der am russischen Hofe sehr einflussreiche Baueramösch Rasputin, von dem es leghin hieß, er sei ein Anhänger der Friedenspartei, soll nach Petersburger Meldungen ermordet worden sein. Als Mörder wird Fürst Felix Jusupow, der Sohn eines Flügeladjutanten des Zaren bezeichnet. Die römische „Tribuna“ stellt die Ermordung Rasputins als die Folge der Entladung Stürmers als angeblichen Friedensintriganten hin.

Hier mag daran erinnert sein, daß auch der Tod des Grafen Witte seinerzeit als ein gewaltsamer hingestellt, und mit einer Friedenspropaganda Witte's und seinem dem Zaren gegebenen Rat, das Bündnis mit Frankreich und England zu lassen und sich mit Deutschland zu verständigen, in Verbindung gebracht wurde.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Antwort an die Neutralen.

Nichtamtlich. Berlin, 2. Januar. (W. T. S.) Auf die Noten, die hier am 29. v. M. von den Gesandten Dänemarks, Schwedens und Norwegens übergeben worden waren, sah am 1. d. M. den Gesandten die Antwortnoten zugestellt worden. Darin spricht die kaiserliche Regierung vollstes Verständnis für die Beweggründe aus, die die drei Regierungen bei ihren Ausgebungen geleitet haben, verweist sodann auf die deutsche Note vom 12. Dezember und auf die Beantwortung der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Antwortnoten schließen mit der Bemerkung, daß es von der Antwort unserer Gegner abhängt, ob der Versuch, der Welt die Segnungen des Friedens wieder zu geben, von Erfolg gekrönt sein würde.

Die amerikanische Presse und die Antwort der Alliierten.

Haag, 2. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Die amerikanische Presse glaubt, daß die Antwort der Alliierten den Frieden weiter verzögert, aber nicht vollständig die Tür schließt. Es herrscht hier die Meinung vor, daß die Unterhandlungen nur dann Fortschritte machen können, wenn Deutschland und seine Verbündeten mit einem bestimmten und ausführlichen Angebot der Friedensbedingungen antworten. („Frankf. Stg.“)

Viele Dampfer liegen still.

Rotterdam, 2. Januar. Im hiesigen Hafen liegt eine große Zahl von Dampfern still, weil die Maschinen sich weigern, sich unter den alten Bedingungen anzuheben zu lassen.

Neue englische Anleihe in Sicht.

Amsterdam, 2. Januar. Aus London wird den Blättern gemeldet, daß man in Großbritannien in den nächsten Tagen die Ausfertigung einer neuen Anleihe erwartet.

August Thierich gestorben.

München, 2. Januar. Der Münchener Architekt, Professor der Baukunst an der Technischen Hochschule München, August Thierich, ist 73 Jahre alt, in Zürich gestorben.

Hochwasser.

Konstanz, 2. Januar. Das „Katholische Tagblatt“ meldet: Infolge der vielen Niederlagen sind die Gewässer rasch angeschwollen. Die Burg erweckt eine solche Höhe, daß in der Nacht auf Montag zwischen Niederbühl und Ruppenheim ein Stück des rechtsseitigen Nurgdamms in einer Länge von etwa 20 Metern eintrat. Der Verkehr auf der Nurgbahn erlitt Störungen. In der Instandsetzung der durch das Wasser beschädigten Stellen wird gearbeitet, so daß die Verkehrshörung bald wieder beseitigt sein wird. Von den in der Nähe des Rheins gelegenen Gemeinden kommt die Nachricht, daß dort ebenfalls Schaden durch Ueberschwemmung angerichtet worden ist.

Gewerkschaftliches.

Die Stellung des Arbeitervertreters im Kriegsamt.

Mit dem Eintritt des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes A. Schlicke in das Kriegsamt als Arbeitervertreter sind in der Presse vielfach irrtümliche Meinungen über dessen Tätigkeit im Kriegsamt verbreitet worden. Auch in Gewerkschaftskreisen ist über die Tätigkeit vielfach eine falsche Ansicht vorherrschend, die zu irrigen Erwartungen über seine Tätigkeit führt.

Der Arbeitervertreter Schlicke ist nicht etwa leitender Referent, wie vielfach angenommen wird, sondern er ist Vertreter der ebenfalls militärisch organisierten Leitung der Abteilung des Kriegsamts, nämlich des Erja- und Arbeitsdepartements.

Das Kriegsamt ist eine Abteilung des Kriegsministeriums und ebenso wie dieses militärisch organisiert. Auch die während des Krieges erfolgte Heranziehung von Zivilpersonen in das Kriegsministerium und in das Kriegsamt hat an dem Charakter dieser Behörden nichts geändert; sie sind in wesentlichen Stellen, die Heereszwecken dienen, und daraus ergibt sich, daß sie von Sachverständigen, also Berufsmilitärs geleitet werden, und daß die Entscheidungen bei diesen liegen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die in diesen beiden Behörden tätigen Zivilpersonen auf die Entscheidungen Einfluß ausüben können und auch ausüben. Das werden sie um so mehr tun, je mehr durchschlagende Gründe sie für ihre Vorschläge ins Feld führen können. Dies wiederum verpflichtet sie und also auch den Arbeitervertreter zur Aufrechterhaltung intimer Verbindung mit den Kreisen, aus denen sie hervorgegangen und als deren Vertrauensmann sie den amtlichen Stellen gegenüber gelten.

Eine Verbindung des Arbeitervertreters im Kriegsamt mit den Gewerkschaften ist deshalb sehr notwendig. Diese Verbindung kann auf zweierlei Weise hergestellt werden: 1. durch den direkten Verkehr mit den Zentralen der Gewerkschaften; 2. durch ein dem Vertreter beigegebenes Vertrauensmännerkollegium, das aus Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen besteht. Diese Verbindung mit dem Vertreter recht innig zu gestalten, ist daher die Pflicht der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Bei der Ueberweisung des informierenden Materials an den Arbeitervertreter im Kriegsamt muß jedoch dringend gebeten werden, sich auf wirklich informierendes Material zu beschränken, damit er nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Die Adresse unseres Vertreters ist:

Alexander Schlicke, Kriegsamt E. D. (Erja- und Arbeits-Departement), Berlin NW 7, Friedrichstr. 7.

Im Interesse der Vertretung der Arbeiter liegt es, wenn danach genau verfahren und der Arbeitervertreter im Kriegsamt bei seiner Tätigkeit durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände unterstützt wird.

Deutsches Reich.

25 Jahre Porzellanarbeiterverband.

Am 1. Januar d. J. kamte der Verband der Porzellanarbeiter auf ein 25jähriges Bestehen als Zentralverband zurück. Vor dem Bestehen ein Unterstufungsverein deutscher Porzellanarbeiter und ein Gewerkschaft der Porzellan- und Glasarbeiter, der bis dahin dem Verband der Tisch- und Dürerarbeiten angehört hatte. Auf einer Generalversammlung wurde die Vereinigung der beiden Verbände zu einem gemeinsamen Zentralverband beschlossen. Die Zahl der Mitglieder, die dieser neuen Berufsorganisation beitrugen, betrug 4002. Vor Ausbruch des Krieges erreichte die Mitgliederzahl mit 17 000 ihren höchsten Stand. Erreicht diese Zahl auch etwas gering, so muß doch hierbei beachtet werden, daß die gesamte Porzellanindustrie nur 72 000 Beschäftigte umfaßt. Auch diese Organisation hat durch die Kriegszeit einen schweren Mitgliederverlust zu verzeichnen. Am 30. November 1916 zählte der Verband nur noch 4930 Mitglieder, darunter 1870 weibliche.

Der Verband hat ein gut ausgebautes Unterstufungsnetz. Rund 2 1/2 Millionen Mark wurden in den 25 Jahren seines Bestehens für diesen Zweck aufgewendet. Ebenso wurden für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhältnismäßig große Unterstufungsummen, nämlich im ganzen über 1 1/2 Millionen Mark, für Streiks- und Nachregelungsunterstützungen gebraucht. Als Erfolg ist zu buchen, daß die Arbeitslöhne erheblich gestiegen sind, ebenso die Arbeitszeit verkürzt wurde. Nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Lohnstatistik ist für eine Anzahl der im Gewerbe vereinigteten Berufe z. B. der wöchentliche Lohn von 15,56 M. im Jahre 1894 auf 22,56 bis 28,74 M. im Jahre 1904 gestiegen. Seitdem ist es ständig aufwärts gegangen, bis der Krieg auch dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit ein Halt gebot. Ein großer Teil der männlichen Mitglieder wurde zu den Waffen gerufen, ein nicht unerheblicher Teil der übrigen männlichen und auch der weiblichen Mitglieder hat durch Berufswechsel leider die Organisation im Stich gelassen.

Hoffentlich wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in immer breitere Schichten aus dieser Berufsangehörigen eindringen und der Verband deshalb nach Beendigung des Krieges wieder in Reich und Glied mit vielen Zentralverbänden seine Aufgaben als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nach wie vor erfüllen können.

Joseph Ebers †.

Ein tüchtiger Gewerkschafter und Genosse hat am 31. Dezember 1916 die Augen für immer geschlossen. Joseph Ebers, seit Jahren Leiter und Inhaber des Hildesheimer Gewerkschaftshauses, ist an diesem Tage einem langwierigen irdischen Kämpfen erlegen. Joseph Ebers war als Vertreter des Wahlkreises Hildesheim vielfach Besucher früherer Parteitage und stand in der politischen Bewegung stets in den vordersten Reihen. Den stärksten Verlust erleidet durch sein Hinscheiden der Töpferverband. Schon seit 1890 war er mit einer einzigen Ausnahme auf allen Töpferkongressen und Generalversammlungen des Verbandes Teilnehmer und in den letzten 15 Jahren seines Lebens mit geringen Unterbrechungen Generalsekretär für Hannover-Niederrhein-Westfalen. Sein stets von gelunden Aufschauungen getragener Rat galt im Töpferverbande viel, bei allen wichtigen Anlässen und Beschlüssen stand er stets in vorderster Reihe. Deshalb trauert vor allem der Töpferverband um den verhältnismäßig früh Dahingegangenen. Was ihm neben anderen guten Eigenschaften besonders auszeichnete, war seine große Selbstlosigkeit, mit der er allen Dingen gegenübertrat und die von allen hochgeschätzt wurde. Um Ebers trauern die Töpfer, trauert das Proletariat Deutschlands, trauern Gattin und Kinder, denen er stets treuherzig zur Seite stand. Ehre seinem Andenken!

Aus der Partei.

Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz. Eine Vollversammlung in Breslau, in der Reichstagsabgeordneter Bauer sprach, nahm folgende Entschließung einstimmig an:

„Über 1000 in Breslau verarmte hilflosdienstpflichtige Personen sehen in dem vaterländischen Hilfsdienst eine notwendige Hilfe

der Heimat für die im Felde kämpfenden Brüder. Sie begrüßen es, daß es der sozialdemokratischen Fraktion und ihren Abgeordneten gelang, die Politik des Reiches zu mildern und die Rechte der Arbeitnehmer sicherzustellen.

Die Versammlung erklärt ferner ihr Einverständnis mit den Bemühungen des sozialdemokratischen Vorparlamentes und der Reichstagsfraktion für einen baldigen Frieden ohne Eroberungen auf Grund beiderseitiger Verständigung.“

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Börse begrüßte die Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Verhandlungsmächte mit einer kräftigen Haufe der Kriegswerte. Zwar wird in den Börsenberichten beifolgend gelogt, daß die Börse nicht anderes erwartet habe. Aber das gerade Gegenteil ist wahr. Die „Börse“ hat geglaubt, daß die Verhandlungsmächte hinter großen Worten einen Weg zu Verhandlungen verheiden werden. Am meisten profitierten Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Ludwig Löwe, Benz-Motoren.

Das Jahr 1915 ist für die Hoch- und Untergrundbahn recht gut gewesen. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr nicht unerheblich gestiegen. Sie betragen (ohne die der Schöneberger, Bilmersdorfer und Dahlemer Bahn) 1914 10,1, 1915 nur 9, 1916 aber 10,3 Millionen Mark. Die Stadtbahn Warschauer Brücke-Lichtenberg brachte in den drei Jahren 143 950, — M. beziehungsweise 139 800, — beziehungsweise 169 982, —. Erheblich weniger gut hat die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft abgeschnitten. Ihre Einnahmen sind von 13,3 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 4,7 Millionen Mark gesunken. 1914 betragen die Einnahmen 11,7 Millionen Mark und 1915 sogar noch 9,2 Millionen Mark.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der sonst mitbewerbelten Bahnen betragen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916 59 300 885 M., vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915 52 208 006 M., also 1916 mehr 7 138 419 M. Der Tagesdurchschnitt beträgt 1916 163 187 M., 1915 143 023 M. Bei der Großen Berliner Straßenbahn allein stellen sich die Einnahmen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916 auf 47 781 139 M., vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915 auf 42 053 288 M., also 1916 mehr 5 727 772 M. Der Tagesdurchschnitt stellte sich 1916 auf 130 530 M., 1915 115 215 M.

Die Deutsche Babco und Miscof Dampfkesselwerke A. G. weist für 1915/16 einen Rohgewinn von 1,2 Millionen Mark gegen eine Million im vorhergehenden Geschäftsjahr auf. Nach Abschreibungen von 217 611 M. gegen 190 784 M. verbleibt einschließlich des Vortrages ein Reingewinn von 520 794 M. gegen 518 883 M., aus dem eine zehnprozentige Dividende verteilt wird. Im Geschäftsbericht heißt es: „Unsere Werke waren in allen Abteilungen gut beschäftigt. Am den gesteigerten Anforderungen nachzukommen, sehen wir uns veranlaßt, der Erweiterung unserer Anlagen näher zu treten.“ Die Bilanz zeigt eine große Liquidität. Es werden 1,5 Millionen Mark Schatzwechsel ausgewiesen und das Wertpapierkonto, auf dem hauptsächlich Kriegsanleihen verfaßt ist, zeigt eine Vermehrung von 876 168 Mark auf 1,7 Millionen Mark. Grundstücke werden mit 544 149 M. gegen 229 898 M. und Vorräte mit 1,5 Millionen Mark gegen 977 381 M. ausgewiesen. Dagegen haben sich die Gläubiger von 1,5 auf 1,86 Millionen Mark vermehrt und das Bankguthaben ist von 755 764 M. auf 894 436 M. gestiegen.

Die Brauindustrie im weiteren Kriegsverlauf.

Die veröffentlichten Dividenden der Brauindustrie haben gezeigt, daß für sehr viele Unternehmen auch das zweite Kriegsjahr — dank der Verwässerung des Bieres — reiche Gewinne gebracht hat. Manche Brauerei hat Gewinn und Dividende gegen das Vorjahr sogar noch zu steigern verstanden, obwohl bereits im ersten Kriegsjahr kräftig verdient worden war. Die großen Brauereien pflegten, als die Werte knapp und ihr Verbrauch begrenzt wurde, die Kontingente (Brauereirechtungen) der kleineren Brauereien anzukaufen, um den Betrieb voll auszunutzen, während die kleinen Betriebe trotz waren, ohne alle Mühseligkeiten der Kriegswirtschaft eine sehr stattliche Rente zu beziehen. Die Brauereirechtungen wurden schließlich so hoch bezahlt, daß die Regierg die Uebertragung von ihrer Genehmigung abhängig machte. Da aber im Zeichen des Zivilienkrieges Konzentration und Intensivierung der Arbeit Lösung ist und an Arbeitskräften und Pferden gespart werden soll, so ist die Regierg jetzt selbst darum bemüht, die weniger leistungsfähigen Betriebe zugunsten der leistungsfähigsten zusammenzugleichen, füllt sich aber durch mittelständliche Bedenken arg geniert. Werden die Kunden erst einmal durch die großen Betriebe beliefert und hat sich zwischen diesen und jenen ein Gewohnheits- oder Vertrauensverhältnis entwickelt, so wird es noch dem Kriege sehr schwer halten, die Abnehmer den alten Lieferanten wieder zuzuführen. Was die Steuerpolitik im Frieden mäßig vermindert hat: Saug der kleinen und Mittelbetriebe, wird durch den Zwang des Krieges zerstört. An diesem besonders in die Augen springenden Beispiel zeigt sich deutlich, wie der Mittelstand im weitesten Sinne den am rationellsten arbeitenden Großbetrieben im Kriege weichen muß.

„Angemessene Abschreibungen.“ In einem Gutachten über Handelsgebäude erklären die Kellern der Kaufmannschaft von Berlin, daß als „angemessene Abschreibungen“ zu betrachten seien: für Wohnhäuser 10 Proz., für elektrische Anlagen 15 Proz., für Säde 33 1/2 Proz. und für Utensilien 50 Proz.

Gewerkschaftliche Entscheidungen.

Das Oberlandesgericht Hamburg hat erklärt, daß ein ordentlicher Kaufmann unbedingt die auf Geschäftspapieren vermerkten Geschäftsbedingungen beachten muß, selbst wenn sie nicht nochmals in dem Briefkopf, der den Vertrag begründet, Aufnahme finden, es sei denn, daß die Bedingungen so unauffällig oder verdeckt mitgeteilt waren, daß sie selbst bei verkehrsbüchlicher Sorgfalt übersehen werden konnten.

Dasselbe Gericht urteilte dahin, daß ein Schuldner nicht von der Leistung befreit werde, wenn die Forderung durch englischen Einfluß an der Ausfuhr von Kalaspulver gehindert werden. Um leistungsfähig zu werden, hätte bewiesen werden müssen, daß die Beschaffung von Kalaspulver überhaupt völlig unmöglich gewesen sei und daß diese Unmöglichkeit erst nach Abschluß des Kaufvertrages eingetreten sei.

Nach einer Reichsgerichtsentscheidung steht dem Käufer kein Rücktrittsrecht zu, wenn die Erfüllung der Leistung um eine Woche verzögert wird, sofern nach dem Vertrage der Verkäufer frei sein soll, wenn er keine Ausfuhrerlaubnis erlangt.

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat in einer Entscheidung zur Frage der Gültigkeit einer Gewinnbeteiligung für Vermittlung von Kriegslieferungsverträgen Stellung genommen. Es entscheidet, daß, wer als Vermittler einem Dritten Kriegslieferungsaufträge einer Kriegslieferungszentrale verschafft und sich dafür von dem Dritten einen fortlaufenden Gewinnanteil an den Lieferungen versprechen oder gewähren läßt, nicht notwendig gegen die guten Sitten handelt.

Preisstreiterei in den Vereinigten Staaten.

Der „New York Herald“ meldet aus New York, daß der enorme Preisrückgang der wichtigsten Produkte durch die hohen

Preise, die bezahlt werden, mehr als ausgeglichen werde. Nach der Meinung einiger Sachverständiger sind diese Preise höher, als die wirklichen Verhältnisse rechtfertigen. Eine bedeutende Menge Baumwolle soll von den Plantagen einfach zurückgelassen werden. Weiter sollen die Dougn große Mengen Weizen zurückhalten. Ein Korrespondent schreibt aus Kansas City, es sei nicht unmöglich, daß nicht weniger als 40 Proz. der Weizenerte von Kansas sich noch in den Scheunen befinde und daß der größte Teil festgehalten werde, weil die Farmer, die vor 16 Monaten Dollar-Weizen noch für ein Traumbild angesehen hätten, hoffen, den Dollar-Weizen für zwei Dollar verkaufen zu können. Der Sieg Wilsons, sagten die Quacks-Säcker nicht mit Unrecht, habe im Zeichen der Weltum, welche die Farmer machten. Ueberall hört man von einem stetigen Anbau von Winterweizen sprechen. Seit dem Jahre 1888 seien die Rotierungen für Weizen nicht so hoch gewesen, wie für Mais seit dem Jahre 1894 nicht so hoch wie heute, während man, um einen höheren Probitionspreis zu finden, bis zum Jahre 1870 zurückgehen müsse, und für Baumwolle bis zum Bürgerkrieg.

Soziales.

Die Einkommensteuerpflicht in Preußen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst.

Nach § 9, Ziffer II des preussischen Einkommensteuergesetzes erfolgt die Veranlagung steuerpflichtiger Personen in der Regel nach dem Ergebnis des dem Steuerjahr vorangehenden Kalenderjahres. Nur wenn für eine Einkommensquelle ein Jahresergebnis nicht vorliegt, wird der mutmaßliche Jahresertrag des laufenden Jahres zugrunde gelegt. Für Kriegsteilnehmer war es bisher freitrag, nach welcher dieser beiden Grundlagen die Einkommensquelle zu erfolgen, sofern sie infolge Entlassung wieder steuerpflichtig wurden. Die Veranlagungskommissionen nahmen zumeist einen Befehl der Einkommensquelle infolge der Einberufung an und legten den mutmaßlichen Jahresertrag des Verdienstes nach der Entlassung zugrunde. Dadurch wurden die entlassenen Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Schwächung durch Verdienstlosigkeit während ihrer Einberufung sofort zur vollen ungeschwächten Steuerleistung herangezogen.

Die Veranlagungskommissionen beriefen sich bei ihrer Auslegung auf zwei Entscheidungen des Finanzministers; die erstere, vom 3. März 1900, Nr. II 1076, erklärte, daß die Veranlagung nach dem mutmaßlichen Jahresertrag dann zu erfolgen habe, wenn die Einkommensquelle durch Arbeitslosigkeit in Wegfall gekommen sei. Ob dies zutrifft, könne nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall unter Würdigung der vorliegenden Umstände bestimmt werden. Sei dem Steuerpflichtigen ein Antrag auf Ermäßigung der Steuer wegen Verminderung des Einkommens um mehr als den fünften Teil (§ 68) genehmigt worden, sei Befehl der Einkommensquelle anzunehmen und habe die Veranlagung nach dem mutmaßlichen Jahresertrag zu erfolgen. Dasselbe gelte, wenn Ermäßigung nicht nachgesucht, das Einkommen aber durch eine mehr als zehn Wochen währende, ununterbrochene, nicht in der Eigentümlichkeit der Beschäftigungsart begründete Arbeitslosigkeit vermindert worden sei. Die andere Entscheidung des Finanzministers, vom 7. November 1914, Z. Nr. II, 14 129, geht von der Voraussetzung aus, daß der Krieg vor Beginn des neuen Steuerjahres beendet sein werde. Damit sei die Einkommensquelle des Steuerpflichtigen in Wegfall gekommen und habe die Veranlagung nach dem mutmaßlichen Jahresertrag zu erfolgen.

Um Klarheit in der Frage zu schaffen und eine Benachteiligung entlassener Kriegsteilnehmer zu vermeiden, wendete sich das Arbeiterreferat Hildesheim mit einer Eingabe an den Finanzminister. Dieser hat die Vorschriften der Verfügung vom 7. November 1914 dahin erläutert, daß sie sich nur auf solche Steuerpflichtige beziehen, die bei Beginn des neuen Steuerjahres noch einberufen, nicht aber auf solche, die vor diesem Zeitpunkt schon entlassen seien. Entlassene seien nur dann nach dem mutmaßlichen Ertrag des laufenden Jahres zu veranlagern, wenn ihnen im vorhergehenden Steuerjahr auf ihren Antrag gemäß § 68 des Einkommensteuergesetzes wegen Wegfall der Einkommensquelle eine Steuerermäßigung gewährt worden sei. Andernfalls sei das tatsächliche Ergebnis des vorhergehenden Kalenderjahres zugrunde zu legen. Aus der Befreiung von der Steuerleistung während der Zeit der Einberufung gemäß § 70, Ziffer I sei der Wegfall der Einkommensquelle nicht zu folgern. Letztere jedoch ein Steuerpflichtiger nach Entlassung aus dem Heeresdienst unter wesentlichen anderen Bedingungen als früher in eine Stellung, so sei er nach dem mutmaßlichen Ertrag des laufenden Jahres zu veranlagern.

Mit der letzten Entscheidung des Finanzministers ist eine Streitfrage gelöst worden, welche geeignet war, eine wesentliche Benachteiligung entlassener Kriegsteilnehmer herbeizuführen. Aber diese Entscheidung regelt nicht, und konnte nicht regeln die Fälle, in denen bei einem entlassenen Kriegsteilnehmer im vorhergehenden Kalenderjahr überhaupt kein Arbeitseinkommen zu konstatieren ist. Hier bleibt die Unbilligkeit, daß der entlassene Kriegsteilnehmer, sofern er nur wieder Arbeit aufnimmt, sofort zur vollen, ungeschwächten Steuerleistung herangezogen wird, obwohl er durch die Einberufung wirtschaftlich meist auf das schwerste geschwächt worden ist. Für diese Fälle wird ein gesetzgeberisches Eingreifen unabwendbar sein.

Fortschritte der „Volkspflege“.

Wohl über doppelt hat sich die Zahl der neu gestellten Versicherungsanträge bei der „Volkspflege“ im Jahre 1916 gegenüber dem ersten vollen Kriegsjahre 1915. Es sind im ganzen etwas über 21 400 Anträge eingereicht worden, gegen 10 569 im Vorjahre. Die dadurch versicherte Summe beträgt bei den Anträgen für Kapitalversicherungen 4 550 800 M. und die dafür zu zahlende Halbmontatsprämie 15 108 M.

Unsoziale Bauordnungen.]

Als eine der vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik wichtigsten Zukunftsmaßnahmen wird heute allgemein die Dezentralisation des großstädtischen Wohnungswesens angesehen, d. h. die Abkehr von dem schädlichen Mietskasernenbau und die Rückkehr zum Kleinbau in ländlicher Umgebung oder auf Vorortterrain. Eine der größten Hemmnisse, die dem entgegenstehen, sind die vielfach noch geltenden fehlerhaften Bauordnungen, die geradezu den Anreiz zum Hochhaus geben und den Kleinbau durch allerlei überflüssige Auflagen verteuern. Es darf als ein erfreuliches Zeichen der Zeit und als eine Verbeugung für die Zukunft angesehen werden, daß der Geheimrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten früher eine Schrift „Zur Förderung des Kleinwohnens“ erschienen läßt, in der er diese Bauordnungen scharf unter die Lupe nimmt und auf Grund der Analyse von etwa 100 derselben zu dem Ergebnis kommt, daß zahlreiche von ihnen, namentlich die der kleineren Städte, die zum Teil noch aus einer Zeit stammen, in der es noch üblich war, die großstädtischen Bauordnungen, möglichst die von Berlin als Vorbild zu benutzen, dringend der Nachprüfung und Abänderung bedürfen. Kommt es doch vor, daß Bauordnungen von Städten und Ortschaften, die weniger als 2000 Einwohner haben, Gebäudehöhen von 18 und 20 Meter ausdrücklich zulassen und daß die Bestimmungen über Feuerhöhen, Befestigungen, Treppen, Brandmauern usw. dann ganz auf solche in die Stadtbilder absolut nicht hineinpassenden Hausgestalten zugeschnitten sind und dadurch verneinend auf den Kleinbau einwirken. Die einheitliche Regelung dieser Frage, die der dem preussischen Abgeordnetenhaus zurzeit vorliegende Wohnungsgesetzentwurf nicht bringt, erscheint daher im Interesse der Kleinwohnung dringend erforderlich und dürfte, ganz abgesehen von dem gleichen Vorhaben in anderen Bundesstaaten, ebenso zum möglich sein, wie es durch den Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 11. Oktober 1909 möglich gewesen ist. Richtlinien für die Neubearbeitung von Bauordnungen für das platt Land aufzustellen und damit gute Erfolge zu erzielen.

Schorlemer hat gesiegt.

Von Dits Braun.

Die Steptiker haben wieder einmal recht behalten. Die hochgeschraubten Hoffnungen, die durch die Errichtung eines Kriegsernährungsamts und die Ernennung des sogenannten Lebensmittelrektors in weitesten Volkskreisen ausgelöst wurden, sind sehr schnell gedämpft worden. Nun müssen sie vollends zu Grabe getragen werden.

Herr v. Batocki, der in halbjähriger Tätigkeit ungeachtet der Papierknappheit uns so viele schöne Aufzuse, Ermahnungen, Beschwörungen und Aufklärungen beschert hat, während das Volk mehr Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen heischt, beginnt nun bereits Anstöße anzufügen. Anders kann sein neuerliches Rundschreiben an die Bundesregierungen über die Lebensmittelversorgung der Verbrauchergemeinden im nächsten Wirtschaftsjahr nicht beurteilt werden.

Er legt dort dar, daß die Förderung der Erzeugung infolge Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, Kunstdünger, Kraftfutter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln an enge Grenzen gebunden sei und sonach die Zuführung genügender Lebensmittel in die Städte und Industriebezirke auch weiter sorgsamster vorausschauender Fürsorge bedürfe.

Wielang hat man von dieser vorausschauenden Fürsorge freilich wenig gemerkt.

Herr v. Batocki zählt denn auch auf, worauf das zurückzuführen ist. Höchstpreise ohne gleichzeitige Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung der unter Höchstpreis gestellten Waren seien wirkungslos. Solche Waren blieben den großen Bedarfsbezirken fern, würden in der Nähe der Erzeugungs-orte abgesetzt; auch steigerten die Erzeuger ihren eigenen Verbrauch an solchen Produkten. Nun eignen sich aber eine Reihe wichtiger Lebensmittel angeblich nicht zur Beschlagnahme und öffentlichen Bewirtschaftung. Lasse man die Preisgestaltung für sie aber sich frei entwickeln, dann führe das zu Mißständen, wie sie im diesjährigen Gänsehandel zutage getreten seien.

Also was tun?

Die Antwort des Kriegsernährungsamts auf diese Frage ist die Bankrotterklärung dieses mit so weitgehenden Vollmachten ausgestatteten neuen Reichsamtes und seines hochmögenden Leiters. Er erklärt, daß die Mißstände, die auf dem Lebensmittelmarkt immer trasser hervortreten, sich während der Dauer der Kriegswirtschaft nicht ganz beseitigen ließen. Man müsse sich mit einer wesentlichen Einschränkung der Mißstände will er nicht selbst eingreifen, sondern er beschränkt sich darauf, den unter Lebensmittelmangel leidenden Bedarfsgemeinden gute Ratschläge zu erteilen. Er empfiehlt ihnen, mit den landwirtschaftlichen Organisationen Lieferungsverträge abzuschließen und wo solche bereits bestehen, sie weiter auszubauen. Von solchen frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträgen, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenen Preisen sichern, verspricht er sich nicht nur eine bessere Versorgung der Städte und Industriebezirke mit verschiedenen Lebensmitteln, sondern sie sollen sogar eine wesentliche Steigerung der Erzeugung bewirken.

Wie das letztere durch die Verträge bewirkt werden soll, ist nicht recht klar. Denn die Abnahme ihrer Erzeugnisse war den Landwirten in der Zeit der Kriegswirtschaft doch zweifellos gesichert. Die Besorgung, für ihre erzeugten Lebensmittel keinen Abnehmer zu finden, dürfte wahrlich ihren Erzeugungseifer nicht lähmen. Oder sollte die Betonung auf dem „zu angemessenen Preise“ liegen?

Dann würde sich allerdings das ganze Geheimnis dieses neuem empfohlenen Allheilmittels des Kriegsernährungsamtes in voller Klarheit enthüllen. Denn angemessene Preise in diesem Zusammenhange kann nur heißen, Preise, die den Erzeugern als angemessen erscheinen. Was das aber bedeutet, ist den Verbrauchern hinlänglich bekannt, da stehen ihnen zweijährige schmerzliche Erfahrungen zur Seite.

Da nach dem Vorschlage des Herrn v. Batocki bei dem Abschluß dieser Lieferungsverträge von jeder zentralen Regelung, von jeder Ausübung eines Zwanges auf den einen oder den andern vertragschließenden Teil Abstand genommen werden soll, — nur Beratungen stellen schweben ihm vor, — so wird über die Angemessenheit des Preises der vertragschließende Teil entscheidend bestimmen, der bei dem Handel der wirtschaftlich Stärkere ist. Daß das zurzeit die Erzeugerorganisationen sind, bedarf keiner weiteren Begründung. Ihnen sollen die Bedarfsgemeinden ausgeliefert werden. Das ist der Weisheit letzter Schluß für unsern Lebensmittelmarkt, von dessen Wirken das deutsche Volk ebenso nachhaltigen Schutz vor der Gewinnsucht der deutschen Lebensmittelerzeuger und -händler erwartete, wie unsere todesmutigen Volksgenossen im Westen sich nun gegen die englischen Aushungerungs- und Erdrosselungspläne unter unfähigen Lipsern zu Wasser und zu Lande erkämpfen.

Nach dem fast zweieinhalb Jahre langen Experimentieren und Improvisieren soll es nun wieder mit dem freien Spiel der Kräfte versucht werden. Erst korporativ. Verjagt das — und es muß versagen, wenn die Bedarfsgemeinden sich nicht willig fardöpfen lassen wollen — dann vielleicht individuell nach dem Schema des diesjährigen Gänsehandels.

Welch eine Wendung durch — Schorlemers Fügung. Sollte das das Ergebnis unserer kriegswirtschaftlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sein, dann hätte man sich einige hundert Verordnungen, das ganze Kriegsernährungsamt und die zahlreichen Obst, Gemüse, Marmeladen und Sauerkohl-G. m. b. H. mit samt ihren umfangreichen Bureaus und ihren Klubesseln sparen können. Dann hätte man nur ausführen brauchen, was die landwirtschaftlichen Lebensmittelerzeuger und ihr Vertrauensmann im preussischen Ministerium, der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer bereits vor Jahr und Tag empfahl.

Herr v. Schorlemer war es, der im Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses im offensichtlichen Gegensatz zum Reichsstaatssekretär des Innern Delbrück, der für eine umfassendere öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel eintrat, empfahl, die Lebensmittelversorgung den Erzeugerorganisationen zu überlassen, die sich mit den Bedarfsgemeinden verständigen müßten.

Delbrück ging, Schorlemer blieb, v. Batocki kam. Mit gewaltigen Vollmachten ausgestattet ging er ans Werk. Nach einem halben Jahr rastloser schriftstellerischer und sonstiger Tätigkeit ist er bei — Schorlemer angelangt. Schorlemer hat gesiegt. Der Abbau des unbeweglichen Kriegesozialismus, der den vielgerühmten „gesunden Egoismus“ landwirtschaftlicher Kreise zu gefährden drohte, kann beginnen. Die Mannen um Rösche und Wangenheim können jubilieren über den Erfolg ihrer mit zäher Ausdauer rücksichtslos durchgeführten passiven Resistenz. Mit Recht schreibt daher die „Deutsche Tageszeitung“ in einem „Auf neuer Bahn“ überlieferten Artikel: „... hat sich der Präsident des Kriegsernährungsamts zur Empfehlung einer Maßnahme entschlossen, die wir auf das freudigste begrüßen können.“

Die großen Kreise der Lebensmittelverbraucher haben allen Anlaß, diese Wendung in unserer Lebensmittelpolitik mit anderen Gefühlen aufzunehmen. Aufgabe ihrer Vertreter im Beirat des Kriegsernährungsamts, den Herr v. Batocki noch mit seinem Vorschlage befaßt will, wird es sein, dieses unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Man scheint sich in gewissen Kreisen noch immer einer geradezu verhängnisvollen Täuschung über den Ernst der Situation auf dem Gebiet der Volksernährung hinzugeben.

Politische Uebersicht.

Reichstagsausschuß und Friedensziele.

Der Tag des Zusammentritts des Haushaltsausschusses des Reichstages ist noch nicht bestimmt, aber allseits rechnet man damit, daß der Termin in die Mitte des Januar fällt. Möglich ist auch, daß das Plenum zu dieser Zeit berufen wird, denn es liegt nahe, daß der Kanzler sowohl wie die Parteien das Bedürfnis haben, ihre Meinung über die Situation zu sagen, wie sie sich infolge der Ablehnung des Friedensangebots gestaltet hat.

Die schiefe Bahn vom Frieden und das große Glück.

Die „Alteutschen Wäiter“ erwerben sich das Verdienst, das Wörterbuch des Friedens um einen neuen Ausdruck zu bereichern. Als „Halle“ ist der Frieden schon oft bezeichnet worden. Lloyd George erfindet darauf die „Söhlinge“. Die „Alteutschen Wäiter“ sind nun auf der Suche nach einem neuen Ausdruck bei der „schiefen Bahn“ angelangt. Sie schreiben:

Ob es heute nach dem Eingreifen Amerikas und nach der im Grunde entgegenkommenden Antwort der Reichsregierung noch möglich sein wird, auf der beschrittenen, zweifellos schiefen Bahn einzuhaltend und uns wieder auf den festen Tatjahenboden der militärischen Kriegslage samt ihren unausgemessenen Möglichkeiten zu retten, steht dahin. Dadurch eröffnet aber der Eintritt in das neue Jahr die wenig tröstliche Aussicht auf einen jener internationalen Kongresse, von denen wir bisher noch immer mit enttäuschten Hoffnungen heimgekehrt sind, und bei dem wir obendrein noch leinewegs eine greifbare Gewähr dafür haben, daß die Unterhändler auch wirklich zu einem Einvernehmen gelangen werden, nachdem sie sich einmal an den Beratungen beteiligt haben.

Witterweise haben die Wäiteren, wie wir gestern berichteten, das deutsche Friedensangebot abgelehnt. Die „Alteutschen Wäiter“ können also Durra schreiben:

In diesem Sinne schreibt auch der konservative Reichstagsabgeordnete v. Graefe in einem Artikel der „Reichsburgischen Post“, den die „Mittelungen der konservativen Partei“ wiedergeben, daß der frühere Uebermut, mit dem die Entente unsere Friedenshand höhnischend zurückweisen zu wollen scheint, unser Gedichtes Glück bedeuten möchte. ... Nun hat er „das Glück“!

„In dieser Form nicht mehr zu rechtfertigen.“ Herr Pastor D. Phillips sendet uns zu unserer Notiz „Dofir Pastor Phillips Gott dank“ (Nr. 237 d. Bl.) eine Erklärung, der wir entnehmen: „Der Artikel, der am 10. September 1916 erschienen ist, fiel in die Zeit der großen allgemeinen feindlichen Offensive, nicht lange nach der Kriegserklärung Rumaniens. Was hätten wir damals wohl für einen Frieden bekommen? Ganz gewiß nur einen solchen, der Deutschlands Untergang für alle Zeiten hätte zur Folge haben müssen. Selbstverständlich müssen die zitierten Worte heute, nachdem die feindliche Offensive abgeklungen, Rumänien niedergeworfen und von den Zentralmächten die Hand zum Frieden geboten ist, ganz anders verstanden werden als sie damals gemeint sind. Zur Stunde wäre ein derartiger Ausspruch — wie ich ausdrücklich erkläre — in dieser Form nicht mehr zu rechtfertigen.“

Das Märchen vom Zuckergewinn.

Die „Mittelungen des Kriegsernährungsamts“ erklären: „Immer wieder tauchen in gewissen Zeitungen Gerüchte von geradezu märchenhaften Gewinnen beim Zuckergewinn auf. So wurde zum Beispiel in einer gewissen Zeitung die Summe von 550 Millionen Mark genannt. Es wird daher hier nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der gesamte Zuckergewinn, welcher natürlich unendlich weit unter der genannten Zahl bleibt, der Zentralverkaufsgesellschaft zur Verfügung des Reichskanzlers zum Zwecke der Volksernährung untersteht. Die Zuckergewinnfabriken müssen sich mit genau festgelegten, verhältnismäßig sehr geringen Gewinnen begnügen.“

Die Erklärung geht um den entscheidenden Punkt herum, da — wenigstens in unserem Vatte — von großen Gewinnen nicht der Fabriken, sondern des Reichskanzlers die Rede war.

Ein Sozialdemokrat im sächsischen Lebensmittelamt. Die sächsische Regierung hat an die sozialdemokratische Partei in Sachsen und an den Generalkonsumausschuß die Einladung ergelien lassen, einen Vertreter in das sächsische Lebensmittelamt zu delegieren. Partei und Gewerkschaften haben dieses Anerbieten angenommen und haben den Kontragsabgeordneten Genossen Hellig-Freden als ihren Vertreter bestimmt.

Der Staatsangehörigkeit verlustig. Das Mitglied der ersten elsass-lothringischen Kammer, Notar Diemer-Deilmann, Vertreter der Stadt Mulhausen, ist, da er zu Kriegsbeginn nach der Schweiz gegangen und auf erfolglose Aufforderung nicht zurückgekehrt ist, der reichsständischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden. Sein Mandat ist damit erloschen.

Wird Tisza bleiben?

Körber ist gegangen, Sieghart hat demissioniert, Szarjan ist vom Ballplatz, wo das Ministerium des Äußereren prunkte,

in die Räume des gemeinsamen Finanzministeriums zurückgekehrt. Wird Tisza bleiben, der unter Franz Josef Ungarn mit starker Hand regiert und die Gesamtpolitik der Monarchie entscheidend beeinflusst hat?

Die Gebärdenpäher weisen seinen nahen Sturz. Der Kaiser hat während seines Budapest Besuchs die ungrünmigen Gegner Tiszas, die Grafen Andrássy und Apponyi, durch lange Audienzen ausgezeichnet. Auch Mitglieder der Arbeitspartei, der Partei des Grafen Tisza, sind empfangen worden, aber just jene, die im vertrauten Kreis zu den intimen Feinden Tiszas gezählt werden.

Darüber lange zu sinnieren, hat wenig Zweck. In diesen Tagen steht Graf Tisza dem ungarischen König, dem österreichischen Kaiser der Stefanskronen auf's Haupt. Graf Tisza hat sich als so klug und zäh erwiesen, daß man ihm den Reflektor erst schreiben darf, wenn er wirklich zu den politischen Toten gehört.

Nur eines sei bemerkt: die „ganze Richtung“ deutet darauf, daß wenn Graf Tisza fällt, fällt er, weil er den böhmischen Großen in der Umgebung des Kaisers zu sehr ungar, zu wenig Großösterreicher ist. Aber er ist noch weniger ungar als die Andrássy und Apponyi, die ihn vom separatistischen ungarisch-nationalen Standpunkt bekämpfen. Aber vielleicht schließlich diese Gerölde der vollen Souveränität Ungarns ein Kompromiß mit dem Kaiser von Oesterreich, wenn ihnen die Racht winkt.

Aber ein für allemal, ob Tisza bleibt oder ob er abgelöst wird, Personen werden das Problem nicht lösen, das das Verhältnis der beiden Reichshäupter, der Donaumonarchie stellt. Am wenigsten die Feudalherren aus den böhmischen Schlössern! Die Macht des ungarischen Adels, der allein das Land beherrscht, beruht nicht auf den Ueberlieferungen des ungarischen Parlamentarismus, sondern auf der Widerstandskraft des Verwaltungsapparates, der sich als eins durch ein besonderes Wahlrecht geschützte Selbstverwaltung in den Händen des Adels befindet. Wer den Widerstand des ungarischen Adels lähmen will, darf nicht Aristokrat, muß Demokrat sein, der alle Völker des vielsprachigen Ungarns und alle Klassen zur werktätigen Mitarbeit am Staate aufweist.

Kaiser Karl überreichte dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza die Brillanten zum Großkreuz des Sankt-Stephans-Ordens.

Darin kann eine Höflichkeit gegen den Mann erblickt werden, der den Kaiser krönte, vielleicht aber auch mehr: ein Vertrauensbeweis. Das wirre Treiben der blauen Bogen in der Donaumonarchie raubt jeden klaren Ausblick.

Aus Groß-Berlin.

Die Verkehrskatastrophe.

Die behördliche Verkehrsbeschränkung hat am Montagabend, wo sie zum erstenmal in Wirklichkeit trat, Erleichterungen gezeigt, die eine völlige Umkehr geradezu gebieterisch erheischen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir von einer Katastrophe reden. Der die Szenen mit angesehen hat, die sich in der Stunde der Witternacht allenthalben abgespielt haben, der wird sie nie wieder aus dem Gedächtnis verlieren. Die Theorie, die hinterm grünen Tisch ausgegalligt worden ist, hat sich als gänzlich schmerz- und lebensfremd erwiesen. Dabei waren die Verantwortlichen dieses über alle Nothen gewaltsamen Eingriffs mehr als hinreichend gewarnt: nicht nur durch den frühzeitigen, nahezu einmütigen Einspruch der gesamten Öffentlichkeit, sondern auch noch einmal in eindringlicher Weise durch die Vorgänge, die sich in der letzten Woche vor Anfrathtreten der Anordnungen im Berliner Verkehre bereits abgespielt haben. Wir benutzten am Donnerstag zwischen 11 und 11 1/2 Uhr nichts einen Wagen der Linie Alexanderplatz—Tempelhofer. An der Ecke Französischer Straße-Charlottenstraße standen mindestens zwanzig Personen auf dem Vorderflur des Anhängewagens derart eingezwängt, daß es nur dem gerade vor der Zählung der Wagenliehe stehenden Fahrgast möglich war, den schuldigen Nadel — Verzeihung: Eisen-großkorn — unter großem Kraftaufwand zu entrichten. Keiner von all den andern, die ersichtlich guten Willens waren, vermochte sein Geld los zu werden. Es war eben ausgegalligt, die rechte Hand in die Kade der Hosentasche oder aber wieder in die Höhe zu bringen. Erst hinter der Jorsstraße war das einigermassen möglich; aber bis dahin waren viele ohne Zahlung ab- und dafür neue hinzugesetzte. Am Sonnabend kamen nach 11 1/2 Uhr alle Wagen der vier Tempelhofer Linien am Hallischen Tor nabeinander völlig überfüllt an, so daß der Haufe der Wartenden zu bedäunfendem Umfang anwuchs. Nur dadurch, daß wir zur Innenstadt zurückgingen, vermochten wir ein Plätzchen zu erwischen. Das am meisten Empfindende bei diesem Zustand war, daß die „Große“ auf dieser wohl verkehrreichsten aller Strecken Einzelwagen fahren ließ.

Das alles indes war nur ein gelbes Säufeln im Vergleich zu dem gewaltigen Ansturm auf die Straßenbahnen, der sich am Montag zugetragen mußte. Nur ein Teil der mitunter bis zu einer Stunde im gesundheitswidrigsten Wetter Ausschanden konnte an vielen Verkehrspunkten schließlich ein enges Plätzchen erlangen; unzählige Leute mußten notgedrungen ermüdet und erbittert zu Fuß gehen, darunter vorzugsweise Leute, die mit Kindern und Gepäck von der Reife kamen, Soldaten, die durch ihre Ausrüde, Tornister oder Handpakete behindert waren, von der Arbeit kommende Frauen, deren Kraft dem Kampf um einen Perronplatz nicht gewachsen war usw.

Das Straßenbahnpersonal war gänzlich machtlos. Auf den Zuruf „Vorsicht!“ achtete niemand; selbst von den Trittorettern waren die Menschen nicht herunterzubringen. Wer aber einmal im Wagen oder auf den Plätzen eingepfercht war, vermochte an seiner Haltestelle den Wagen nicht zu verlassen, weil diejenigen, die im Wege standen, keinen Raum geben konnten. Allenthalben jammerte man über zerrissene Kleidung, zerbrochene oder verloren gegangene Gegenstände, entfallene oder zerdrückte Gebäckstücke. Die Verwünschungen und die Angstschreie der Gefährdeten lassen sich einfach nicht schildern. Auch an Krämpfen, Konvulsionen und schweren Verletzungen der Fahrgäste und solcher, die es werden wollten, fehlte es naturgemäß nicht.

Und dennoch muß man die Geduld und die Gessittung der Reichstratien im allgemeinen bewundern. Ob es dabei bleibt? Ob es nicht zu den allerhöchsten Anstößen erst noch kommen wird? Wir möchten die vorsehende Behörde eindringlichst erluchen, es nicht auf die Probe ankommen zu lassen, sondern sich einzusetzen, daß sie bezüglich der Durchführbarkeit der Verkehrsbeschränkungen sich in einem

heißt, den Anfordernungen des Weltmarktes und dem gesteigerten Erwerbsleben, das sich bis tief in die Nacht hinein ausdehnen muß, gerecht wird. Alle Schuld für das, was in Folge des Verlangens sich naturnotwendig ereignet, kommt ganz allein auf das Haupt der Behörde.

Auf der Bezugsscheinjagd.

Ein Leser schreibt uns: Ich hatte die Absicht, meiner Enkelin, einer Kriegertochter, zu Weihnachten etwas sehr Nützliches, ein paar leinene Hemden, zu schenken. Dazu bedurfte ich eines Bezugsscheins. Deshalb ging ich am Montag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr, Mittwoch, den 20. um 11 Uhr, und Donnerstag, den 21. um 12 1/2 Uhr zur Ausgabe stelle Zellestr. 12. Jedesmal vergeblich! Es war ein solcher Andrang, daß ich nach meiner Geduld und wie mir Wartende versicherten, jedesmal 2 Stunden hätte aushalten müssen, um abgefertigt zu werden. Da Bezugsscheine auch im Gewerkschaftshaus bei den Verbänden abgefertigt werden, eilte ich nun dorthin und erhielt beim Buchdruckerverband nach Prüfung meiner Papiere gegen 1 1/2 Uhr meinen Schein für zwei Kinderhemden. Am 22. vormittags sollten die Sachen gekauft werden, eilte ich nun dorthin und erhielt beim Buchdruckerverband nach Prüfung meiner Papiere gegen 1 1/2 Uhr meinen Schein für zwei Kinderhemden. Am 22. vormittags sollten die Sachen gekauft werden, eilte ich nun dorthin und erhielt beim Buchdruckerverband nach Prüfung meiner Papiere gegen 1 1/2 Uhr meinen Schein für zwei Kinderhemden.

Mit der im Gewerkschaftshaus empfangenen Auskunft ging meine Frau, so schildert der Eintreter seinen eigenen Fall weiter, am 24. wieder in jenes Geschäft, wo sie die ihr zugehenden Hemden kaufen wollte, aber trotzdem verweigerte auch jetzt noch die Verkäuferin die Übergabe mit der Begründung, daß sie sich sonst strafbar mache. Nach einem Warenhaus zu gehen, war es zu spät geworden, so daß aus dem Geschäft nichts mehr werden konnte. Sie versuchte nun noch dem Hefl, am 28. und 29. Dezember, in der Ausgabe stelle Zellestr. 12 meinen Schein abstempeln zu lassen und weiter dort zu erfahren, ob die Verkäuferin im Recht sei, konnte aber infolge Andranges, trotzdem der Raum zur Abfertigung bedeutend vergrößert worden ist, noch nicht herankommen. — Vielleicht kann die Gewerkschaftskommission durchsetzen, daß die von ihr ausgestellten Scheine allgemein als gültig anerkannt werden.

Das Bankguthaben beim Warenhaus.

Das Warenhaus, das den Grundsatz verfolgt, mit kleinem Kapital einen Massenkauf von Waren zu erzielen und dem Publikum das Kaufen der Waren möglichst bequem zu machen, verläßt sich neuerdings auch auf dem Gebiet des Bankwesens. Ein Bankguthaben des Käufers beim Warenhaus soll das Kaufen noch weiter vereinfachen und gleichzeitig das Bankguthaben verginsen. Die Ursache hierzu ist das Bestreben, den bargeldlosen Verkehr zu fördern. Die große Warenhaus-Firma Hermann Tietz hat am 2. Januar in ihrem Hause an der Leipziger Straße eine Geschäftszweigniederlassung eingerichtet, die jedem Kauf bei einer Mindestzahlung von 25 M. bis zur Höhe von 3000 M. ein Konto eröffnet. Verginst wird die Einlage mit 4 Proz. Ueber sein Guthaben, soweit es 10 M. übersteigt, kann der Kontoinhaber durch Einläufe und durch Verabreichung verfügen.

Einerseits handelt es sich um eine Einrichtung für den bargeldlosen Verkehr, andererseits ist es auch eine Art Sparkasse für die Teilnehmer, die die Einlagen mit immerhin 4 Proz. Zinsen vergütet erhalten. Die Zinsen werden dem Guthaben halbjährlich zugeschrieben. Bei Einläufen in den Häusern der Firma bezahlt der Käufer mit einem „Entnahmeschein“, der mit der betreffenden Summe ausfüllt und vom Kontoinhaber unterschrieben wird. Darin liegt die Bewirkung des bargeldlosen Verkehrs. Im übrigen ist ein weiterer Scheckverkehr nicht vorgesehen, und der Kontoinhaber kann nur Barbeträge an der Geschäftszweigniederlassung erheben. Mindestens 10 M. muß der Teilnehmer, solange er das Konto aufrecht zu erhalten wünscht, unabhöhen auf dem Konto stehen lassen.

Wie man sieht, findet das Warenhauskapital immer noch neue Mittel, um die Käufer herbeizuziehen und — wie es besonders bei dieser interessanten Neuerung geschieht — festzuhalten. Eine wirklich sinnreiche Einrichtung für — den Besitzer des Unternehmens und für Leute, die über genügend Geld verfügen.

Wie man eine Kleingeldpanik erzeugt.

Die Kartenlofen der Bahnen sind, wie uns ein Leser aus früherer Erfahrung schreibt, eifrig dabei, eine regelrechte Kleingeldpanik zu erzeugen: Am zweiten Weihnachtstages versuchte ich am Untergrundbahnhof Wismarstraße eine Bahnkarte nach dem Bahnhöfen Platz zu lösen. Die Verkäuferin verweigerte die Annahme eines Fünftagsdienstescheins mit der Begründung, sie könne nicht herausgeben, die Kasse der Untergrundbahn sei keine Wechselkassette. Wollte ich mitkommen, so müßte ich drei Karten à 15 Pfennige lösen, damit die Kassiererin mir nicht mehr als 5 Pfennige zurückzugeben brauchte. Die Auseinandersetzungen, die sich an diese ungewöhnliche Prozedur knüpften, verzögern natürlich die Abfertigung, die gerade jetzt bei dem Mangel an Kassen gar nicht schnell genug gehen kann. Und wie soll sich ein Fremder helfen? Soll auch er Karten auf Vorrat lösen? Am Donnerstag wollte ich eine Bahnsteigkarte am Bahnhöfen kaufen, um einen eiligen Geschäftsbesuch mit dem letzten Zug nach Dresden aufzugeben. Wieder verweigerte die Kassiererin die Annahme eines Fünftagsdienstescheins. Auch mit Karten, die vor einiger Zeit als Notgeld allgemein gegeben und genommen wurden, war sie nicht zufrieden zu stellen. Nach vieler Mühe gelang es mir, von einem Reisenden Wechselgeld zu erhalten, aber inzwischen war der Dresdener Zug abgefahren, und ich hatte das Vergnügen, den Brief mit einem Fünftagsdienstescheine von 25 Pf. aufgeben zu müssen. Dabei darf ich mich immer mit dem Gedanken trösten, daß ich nicht in der unangenehmsten Situation gewesen bin. Man stelle sich vor, eine Frau begleite ihren Mann zur Rückfahrt an die Front, es fehlt zufällig an Kleingeld, und die Frau oder der Umlauber müssen in der Abschiedsstunde entweder nach Wechselgeld umherrennen oder auf die letzten schmerzlichen Minuten vor Abfahrt des Zuges verzichten. Dabei herrscht im Geschäftsbetrieb noch kein besonderer Mangel an Kleingeld. Wenn aber die öffentlichen Kassen diese wichtige Praxis weiter befolgen, so wird der vorsichtige Mann bemerkt sein, kein Portemonnaie mit Groschen und Sechsern voll zu stopfen. Auf diese Weise kann dann durch die öffentlichen Kassen eine Panik und eine Auffoschung von Kleingeld erzeugt werden, die die Abwicklung der kleinen Geschäfte des täglichen Lebens unendlich erschweren und verbittern.

Zehn-Uhr-Schluß der Theater.

Vom 6. Januar an müssen alle öffentlichen Theater, Zirkus, Varietés, Kabarett-Vorstellungen und Lichtspiele um 10 Uhr abends beendet sein. Allgemeine Ausnahmen — bis 10 1/2 Uhr — sind nur für Unternehmungen erzieherischer Charakter zugelassen, die in der Hauptsache auf ein Arbeiterpublikum berechnet sind, dem ein Erscheinen im Theater um 7 Uhr regelmäßig nicht möglich ist. Als solche Unternehmungen sind die Volkshäuser (Theater am Säulenplatz) und die Schiller-Theater vom Polizeipräsidium anerkannt worden. Bei anderen Unternehmungen können Einzelaufnahmen für besondere Tage oder besondere Stücke zugelassen werden. Lichtspiel-Theater dürfen an Wochentagen nicht vor 1/2, an Sonn- und Feiertagen nicht vor 3 Uhr beginnen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Stadt Berlin gewährt auch im Januar den Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre je ein Pfund Hafersfloren. Die zur Empfangnahme berechtigten Vorkaufsscheine werden von den Brotkommissionen am 4., 8. und 6. Januar 1917 in der bisherigen Weise nach Strohhäufen verteilt. Die Hafersfloren sind in den bei den Brotkommissionen bekannten und auch durch Säulenanschlag veröffentlichten Verkaufsstellen erhältlich.

Die Berliner Einwohner, welche zwecks Umtausch ihre Fleischkarten gegen Bezugsscheine auf andere Lebensmittel (Grapen oder Gries oder Teigwaren) sich haben in die Listen der zuständigen Brotkommissionen eintragen lassen, können nunmehr den Umtausch in der Zeit vom 5. bis 7. Januar in den Geschäftsräumen der Brotkommissionen vornehmen.

Die Bezugsscheine sind diesmal nur für die beiden letzten Wochen der laufenden Fleischkartenperiode, nämlich vom 8. bis 21. Januar ausgestellt. Die Umtauschenden sind berechtigt, vor dem Umtausch die Fleischmarken bis einschließlich 7. Januar für den Fleischbezug zu verwenden. Erforderlich ist also nur, daß das Mittelfeld mit den Fleischmarken der beiden letzten Wochen abgegeben wird, für eine Kaffeekarte wird ein Bezugsschein auf 375 Gramm, für eine Kinderkarte ein solcher auf 200 Gramm Grapen oder Gries oder Teigwaren ausgegeben. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. Es werden vielmehr an den Inhaber des Bezugsscheins nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Vorräte entweder Grapen oder Gries oder Teigwaren geliefert. Die Ware kann in den 9 in den einzelnen Stadtteilen gelegenen, durch einen Ausschuss kenntlich gemachten Verkaufsstellen gegen Abgabe des gültigen Bezugsscheinabschnitts gekauft werden.

Sämtliche Postämter werden vom 1. Januar ab um 7 Uhr abends geschlossen.

Die Postämter Berlin S. 65 (Cronenstr. 73) und S. 86 (Wasserstr. 33) sind bereits seit dem 1. Januar eingegangen, das Postamt Berlin-Schöneberg in der Genslerstraße wird vom 10. Januar an eingehen.

Die bahnamtlichen Kollgebühren werden wiederum erhöht. Ueber die Zuschläge erteilt das Verkehrsamt der Reichsbahn der Kaufmannschaft, Berlin O 2, Neue Friedrichstr. 53-56, Auskunft.

Beschränkung der Güterannahme. Die die hiesige Eisenbahndirektion mittelst wird bis auf weiteres die Annahme von Fracht- und Güllfrachten für eine große Zahl von Waren eingestellt. In dringenden Fällen ist die Eisenbahn jedoch bereit, ausnahmsweise für die gesperrten Güter Zulassungsscheine zu erteilen. Für nicht dringliche Güter wird die Verwendung im Sammeladungsverkehr empfohlen. — Auf dem Güterbahnhof Berlin-Neukölln dürfen vom 8. Januar von Verkehrstreibern, die keinen Gleisansatz über Lagerplätze besitzen, Güll- und Frachtfrüchtgut nur für die Richtungen Hamburg und Lezte angenommen werden.

Die Kriegsanleihe im Bezirk des Oberkommandos in den Marken, wo sich bis zum 10. Januar Hilfsdienstpflichtige für den vaterländischen Hilfsdienst freiwillig melden können, befindet sich W. 10, Viktoriastraße 25.

Prozeß Schiffmann. Dem Angeklagten ist durch den Vorstehenden verboten worden, sich während der Verhandlungen Notizen zu machen. So wenig sympathisch und die Verleumdung des Herrn Schiffmann ist, so können wir doch gegenüber dieser Beschränkung seines Verteidigungsrechts unsere schmerzlichen Bedenken nicht unterdrücken. Abgesehen von allem anderen dürfte diese Maßnahme aber auch einen Revisionsgrund bilden und wir werden also vielleicht das Vergnügen haben, noch eine zweite Auflage des Dauerprozesses zu erleben. Diefelbe Gefahr wird jetzt durch den Gesundheitszustand des Angeklagten heraufbeschworen. Sollte keine Simulation vorliegen, sondern Schiffmann, wie er behauptet, wirklich krank sein, und mühte aus diesem Grunde die Verhandlung auf mehr als vier Tage unterbrochen werden, so läge nach § 228 St.-P.-D. die Notwendigkeit vor, das ganze Verfahren von neuem beginnen zu lassen. Angenehme Aussicht in gegenwärtiger Zeit, wo die größtmögliche Entlastung der Gerichte allenthalben gefordert wird!

Ein ausgebreiteter Brand entstand Montagmittags beim Bauer der Nordstraße an der Weidenbommer Straße. Das Feuer, das etwa 11 Meter unter dem Niveau der Friedrichstraße und 6 Meter unter dem Wasserspiegel der Spree ausgekommen war, fand an den Holzteilen des Schachtes reiche Nahrung. Die Flammen loderten wuchtig empor und der Straßenverkehr mußte vollständig abgsperrt werden. Wegen der großen Hitze und ausgebreiteten Verqualmung wurden Sauerstoff-Schutzapparate und Abfektappen beim Löchen benutzt. Eine Motorspritze drückte von außen Luft in den Tunnel und mehrere Hochgabewasser. Dadurch gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern und gegen 8 Uhr die Gefahr zu beseitigen. Die Aufräumung und Ablösung der Brandstelle nahm noch längere Zeit in Anspruch.

Mit ihrem Kinde in den Tod gegangen ist die 25jährige Buchhalterin Martha K. aus Berlin, die sich bei ihren Eltern in Gulo in der Park aufhielt. Sie war schon lange schwer nervenleidend. Infolge des Verlustes eines Angehörigen verfiel sie in Schwermut und fürchtete geisteskrank zu werden. Am Silvesterstage fürzte sie sich mit ihrem dreijährigen Kinde in den auf dem elterlichen Grundstück befindlichen offenen Ziehbrunnen. Mutter und Kind ertranken.

Der falsche Husaren-Oberleutnant, dessen Verhaftung wir kürzlich meldeten, hat sich als ein 29 Jahre alter, aus Köln gebürtiger Kaufmann Felix Heßermann entpuppt, der einige Wochen als Kriegsfreiwilliger bei einem seldtischen Infanterie-Regiment diente und dann wegen Untauglichkeit entlassen worden war.

Aus den Gemeinden.

Magermilchbezug für Kinder in Charlottenburg. Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat bestimmt, daß die Anmeldelarten für den Magermilchbezug für Kinder im Alter von 6-10 Jahren bei den Brotkommissionen in der Zeit vom 2.-5. Januar 1917 abgeholt sind. Das Alter des jüngsten in Betracht kommenden Kindes ist durch amtliche Urkunden nachzuweisen.

Magermilchbezug in Wilmersdorf. Die Anmeldelarten für den Magermilchbezug werden den empfangsberechtigten Hausbesitzern, Vorständen oder deren Vertretern (nicht Kindern) in der Zeit vom 3.-5. Januar 1917 von der zuständigen Brotkommission gegen Vorlegung zweifelsprechender Urkunden ausgehändigt. Es werden abgefertigt: Buchstabe A-H Mittwoch, den 3. Januar, Buchstabe I-P Donnerstag, den 4. Januar, Buchstabe Q-Z Freitag, den 5. Januar, täglich 9-2 Uhr und 5-7 Uhr.

Nach keine neuen Fleischlisten im Kreise Zeltow. Der Kreis-ausschuß hat seine Verordnung vom 27. Dezember, wonach eine Kundenliste für den Fleischbezug angelegt werden sollte, bis auf die mit dem 1. Februar beginnende Fleischkartenperiode aufgeschoben.

Neue Speisefettlisten in Niederbarnim. Der Landrat des Kreises Niederbarnim hat eine Neuauflage von Speisefettbezug angeordnet. Die Anmeldung hat bis einschließlich Freitag, den 3. Januar zu erfolgen. Bei der Anmeldung ist der mit „Anmeldeabschnitt“ bezeichnete Abschnitt von dem Kleinhandler abzugeben. Die Kleinhandler haben die Anmeldeabschnitte bis Sonntag, den 7. Januar, einzureichen. Die Belieferung mit Speisefett nach der Neuauflage beginnt Montag, den 15. Januar.

Bis dahin erfolgt die Belieferung der Verbraucher an der bisherigen Stelle.

Aus aller Welt.

Regengüsse, Hochwasser und Ueberschwemmungen.

Ueber ganz Mitteleuropa scheinen dieser Tage schwere Regengüsse niedergegangen zu sein und aus allen Teilen Deutschlands kommen Nachrichten von Hochwasser und Ueberschwemmungen. Der Oberrhein ist im Steigen begriffen, in den Ruhrhäfen hat das Hochwasser empfindliche Verkehrsstörungen hervorgerufen. In Köln sind die unteren Stadtteile überschwemmt. Die Nebenflüsse der Rurda sind über die Ufer getreten und haben die Flugschleier unter Wasser gesetzt. Aus Hameln meldet uns ein Telegramm vom 2. Januar: Infolge plötzlichen Hochwassers und harren Sturmes rissen sich heute früh zehn große Weiserlastschiffe, sogenannt Badische, los und trieben gegen sechs Personendampfer der Oberweiser Dampfschiffahrtsgesellschaft von denen gleichfalls zwei losgerissen wurden. Während ein Teil der Schiffe von den Fluten stromabwärts getrieben wurde und schließlich auf Land stieß, wurden die übrigen gegen die Dämeler Weiserbrücke gedrängt, wo sie sich festlegten. Ein Badisch ist gekentert, die anderen Schiffe sind zum Teil mehr oder weniger beschädigt. Da der westliche Teil der Weiserbrücke durch den auf den Pfeilern ruhenden starken gemeinsamen Druck des Hochwassers und der Schiffe gefährdet erscheint, wird der Verkehr auf der Brücke durch Polizei und Militär überwacht.

Feuer in der Irrenanstalt.

Montreal, 1. Januar. In der Irrenanstalt Saint Ferdinand in der Grafschaft Regontio (Kanada) brach Feuer aus; 46 Frauen sind verbrannt.

Parteiveranstaltungen.

„Vorwärts“, Zeile und Distriktklub für Groß-Berlin. Gute Mittwoch, 3. Januar, abends 8 Uhr:

Sektion I bei Glau e, Kommandantenstr. 88, am Dönhöfplatz. Sektion IV Sitzung im Lokal von Heinrich, Große Frankfurter Straße 20. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Krüger über: „Die Friedenspolitik der Sozialdemokratie im Reichstags“. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Sektion VI Versammlung bei Sachse, Lindauer Str. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion.

Sektion VIII. Karlshorst. Dienstag, 2. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Pöfer, Dönhöfplatz 8. Höhe Distriktklub: Versammlung, Vortrag des Genossen Paul Müller über: „Die Friedensfrage“. Gäste willkommen.

Verband-Niederwiesendamm. Mittwoch, 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zum Bankgraben“ (Ruh. Goebbel), Banow, Schloßstr. 6. Vortrag des Reichstagsabg. Karl Goebbel: „Kommunisten und Friedensfrage“. Gäste willkommen.

Neuwiesendamm. Mittwoch, 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Singer (Heiner Soal): Versammlung des Bezirksrats. 1. Geschäftsbericht. 2. Vortrag: „Die Internationale im Weltkrieg“. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Lenz. 3. Stellungnahme zu dem am 21. Januar stattfindenden Kreis-Generalkonferenz und Wahl von Delegierten.

Briefkasten der Redaktion.

N. 345. Derzeitiges Institut ist uns nicht bekannt, sind vielmehr nur auf den betreffenden Firmen und Anlagen verbunden. — 7. W. 100. Darüber können Sie sich informieren im Adreßbuch 2. Band, Teil 1, Seite 240. — W. 8. 100. Die Bezeichnung müssen Sie wohl falsch verstanden oder nicht korrekt abgeschrieben haben, denn so wie angegeben, hat sie absolut keinen Sinn. — W. 9. 99. Kein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Mild und zeitweise aufhellend, jedoch vorwiegend trübe mit öfter wiederholten Niederschlägen, im Osten vielfach starken, im Westen geringen Niederschlägen.

Unsern lieben Vater, Schloeger, Groß- und Urgroßhändler, dem Bauhilfster 112
Karl Krumholz
Alle Schönehauser Str. 9
zu seinem 70. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Familie Emil Krumholz.
Familie Hermann Krumholz.
Familie Otto Jost.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Rathaus.
Am 29. Dezember verstarb nach langen Leiden unser langjähriges Mitglied, der Goldbildhauer
Otto Freese
im Alter von 48 Jahren. 205
Sein Andenken in Ehren!
Der Vorstand.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
August May
Grenzstr. 20
am 26. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Deutscher Banarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Am 20. Dezember starb unser Mitglied, der Putzer
Albert Lorenz
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Gienacher Straße, aus statt.
143/15 Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Adolf Thiem
Langestr. 19
am 30. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Gertrudenstr., aus statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Großvaters
Emil Winter
legen wir allen, insbesondere den Vorstandsmitgliedern der Krankenkasse der Kapaziererei, unseren herzlichsten Dank.
+148
Die trauernde Witwe und Kinder, Berlin-Schöneberg, Gertrudenstr. 7.

Deutscher Buchbinderverband.
Zahlstelle Berlin.
Am 20. Dezember 1916 verstarb nach langem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder
Karl Zacharias
im 48. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Arealatorium Gertrudenstraße statt.
Nege Beteiligung erwartet.
127/17 Die Kreisverwaltung.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebenen.
Inhalt: Aufsätze für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Inanspruchnahme von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Reuters Werke
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts